#Plutus

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 12. Mai 1915. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Bibliothek der Handelshochschule Königsberg i. P

Börsenschluß.

Vor einigen Tagen haben im Beisein des Reichsbankpräsidenten und eines Vertreters des preußischen Handelsministeriums Verhandlungen stattgefunden. Der Zweck dieser Verhandlungen sowie einer sich daran schließenden Besprechung der Banken untereinander war die Herbeiführung der Beteiligung der Banken am Berliner Börsenverkehr. Zu einer Einigung scheint es bisher nicht gekommen zu sein. Und es ist deshalb noch an der Zeit, vor dem zu warnen, was da beabsichtigt wird.

Wie noch erinnerlich sein dürfte, haben kurz nach dem Kriegsausbruch auch die deutschen Börsen ihren Betrieb eingestellt, nachdem sie allein unter den Börsen aller kriegführenden Staaten den Kriegsausbruch ohne künstliche Hilfsmaßnahmen überstanden hatten. In den ersten Tagen nach der Schließung des offiziellen Verkehrs ruhten die Geschäfte tatsächlich vollständig. Die Räume in der Burgstraße sahen zwar stets um die sonst übliche Börsenzeit eine Schar von Börsenbesuchern versammelt, aber an Umsatz war nicht zu denken. Die Versammlung diente nur dem Austausch der Meinungen. Sie pflegte sich auch in der Regel nicht sehr lange auszudehnen. Mit den ersten Erfolgen der deutschen Waffen aber stellte sich, zunächst schüchtern nur, allmählich aber doch immer etwas kecker das Geschäft ein. In dem Maße, wie das Geschäft lebhafter wurde, stieg die Besorgnis der Börsenbehörden. Und man dachte bald daran, bei Strafe der Schließung der Säle jeden Umsatz zu untersagen. Schließlich aber drang doch mehr und mehr die Ansicht durch — auch ich habe sie vertreten —, daß das Ventil eines solchen inoffiziellen Verkehrs für manche Fälle doch recht nützlich sein könne, und sowohl die Staats- als auch die Börsenbehörden drückten beide Augen zu. Die Presse brachte zwar täglich Berichte über die Vorgänge im Börsensaal, aber da vernünftigerweise verboten worden war, Kurse zu veröffentlichen, so beschränkten sich diese Börsenberichte auf allgemeine Redensarten und waren im Grunde genommen recht überflüssig. Der Verkehr auf dieser inoffiziellen Börse vollzog sich fast ausnahmslos zwischen den Privatbankiers. Die Banken hielten sich grundsätzlich vom Verkehr fern und machten nur zum Zwecke der Placierung der Kriegsanleihen eine Ausnahme von ihrer Zurückhaltung.

Wenn die Banken nun jetzt in ihrer Haltung eine Aenderung eintreten lassen wollen, so begründen sie das mit der Ausdehnung, die der inoffizielle Verkehr inzwischen genommen hat und mit den Nachteilen, die für sie dadurch entstehen. Diese Nachteile sind unverkennbar. Der Börsenverkehr ist erheblich gewachsen. Das Privatpublikum ist in der Lage, durch jeden Privatbankier Wertpapiere zu kaufen und zu verkaufen. Von den Banken, bei denen das Privatpublikum vielfach seine Papiere liegen hat, nimmt aber niemand Aufträge an. Die Banken glauben, infolge dieser Zustände bereits jetzt eine Abwanderung der Kundschaft zu den

Privatbankiers konstatieren zu können. Sie sehen darin einen Schaden für sich, aber gleichzeitig auch einen für die Kundschaft. Denn da es eine Börsenuance augenblicklich nicht gibt, außerdem auch eine Kurskontrolle an der Hand von Kurszetteln nicht möglich ist, so handeln die Bankiers nicht als Kommissionäre sondern als Eigenhändler, und das Publikum wird sicher vielfach übervorteilt. Es kommt weiter hinzu, wie von den Banken ausgeführt, daß die Enge des Marktes, die durch die Enthaltsamkeit der Banken mit bedingt wird, die Kursentwicklung unnatürlich macht. Große Rückgänge bei kleinem Angebot und große Kurssteigerung bei kleiner Nachfrage bilden die Regel.

An all diesen Ausstellungen der Banken ist was Wahres. Aber man muß sich ganz klar darüber sein, daß ihr Wunsch, am Börsengeschäft wieder teilzunehmen, auf rein materiellen Beweggründen beruht. Einen geben sie selbst an: Die Abwanderung des Publikums zu den Privatbankiers. Die Banken geben vor, daß es sich dabei um eine dauernde Schädigung der Stellung der Banken handelt. Davon kann gar keine Rede sein. Denn in normalen Zeiten — und nur in solchen wird über dauernde Zustandsänderungen entschieden werden — bieten die Banken dem Publikum so viel Vorteil gegenüber dem Privatbankier, daß gar keine Gefahr für sie besteht. Unsere großen Universalbanken werden die überragende Stellung, die sie im Laufe der letzten Jahrzehnte gewonnen haben, nie wieder an die Privatbankiers abzugeben haben. Es ist den Banken mit dieser Behauptung denn auch nicht sehr ernst. Viel ernster nehmen sie vermutlich die Tatsache, daß für die Kriegszeit ihnen Geschäfte und damit Provisionen entgehen, die sie natürlich zur Ausfüllung ihres Gewinn- und Verlustkontos gern mitgenommen hätten. Das scheint mir der hauptsächlichste Anlaß ihres Bestrebens zu sein. Dagegen sind die Forderungen der allgemeinen Wohltaten, die sie außerdem noch ins Feld führen, schon um deswillen nicht ins Gewicht fallend, weil sie auch dadurch nicht erfüllt werden, daß die Banken sich den Geschäfte treibenden Börsenbesuchern wieder zuwenden. Denn dadurch, daß das Publikum seine Umsätze anstatt durch die Privatbankiers wieder durch die Banken macht, werden diese Umsätze ja durchaus nicht größer, wird also auch der Markt nicht weiter, wird mithin die Kursbildung auch nicht echter. Es sei denn, daß die Banken überhaupt eine Erweiterung des Börsenverkehrs und eine Vergrößerung des Börsenverkehrs beabsichtigen. Aber gerade das muß vermieden werden. Schon augenblicklich ist der Umsatz im inoffiziellen Verkehr der Berliner Börse erheblich über das Maß hinausgewachsen, das man als zulässig erachten darf. Wenn entgegen der Befürchtung der Börsenbehörde ich früher dafür eingetreten bin, den inoffiziellen Verkehr sich ruhig abspielen zu lassen, ging ich von einer, wie mir scheint, berechtigten Erwägung aus. Ich sagte mir, daß in dem einen oder anderen Fall die Organisation für die Beleihung von Wertpapieren dem vorhandenen Bedürfnis der Mobilisierung von Wertpapierkapitalien nicht genüge. Es sind ja ganz gut Fälle denkbar, in denen ein Wertpapierbesitzer verkaufen will oder verkaufen muß. Inzwischen haben sich aber die Dinge doch wesentlich anders entwickelt, als ich es glaubte. An der Berliner Börse hat sich ein regelrechtes Spekulationsgeschäft etabliert. Einzelne Bankfirmen machen ganz enorme Umsätze. In manchen Papieren werden Summen ge- und verkauft, wie sie größer nicht in den besten Börsentagen gewesen sind. Die Aktien aller mit der Kriegführung in Zusammenhang stehenden Gesellschaften sind in unsinniger Weise in die Höhe getrieben worden. Es handelt sich heute bei den Umsätzen an der Börse nicht mehr um begründeten und reellen Besitzwechsel, sondern um eine Spielerei größten Stiles, die jetzt die Frage sehr nahelegt, ob nicht die Schließung des ganzen Börsenverkehrs gebotener scheint als das weitere Gewährenlassen. Unter diesen Umständen kann meines Erachtens gar keine Rede davon sein, das Geschäft noch zu erweitern. Eine solche Erweiterung aber müßte in dem Moment eintreten, wo die Banken wieder dem Börsenverkehr ihr Interesse zuwenden. Einzelne der Banken scheinen nun des Glaubens zu sein, daß sie in der Lage sind, ihren Vorteil zu wahren, ohne gleichzeitig das öffentliche Interesse zu schädigen. Sie wollen alle Garantien geben, die man von ihnen verlangt. Daß es nicht so ganz einfach ist, diese Garantien zu gewähren, dafür spricht ja schon die Tatsache, daß es doch anscheinend den Banken in ihrer

Besprechung nicht gelungen ist, unter sich Einigkeit zu erzielen.

Der Reichsbankpräsident hat mit Recht verschiedentlich während des Kriegs den Grundsatz aufgestellt, die gesamte Sparkraft des Volkes in dieser schweren Zeit, ist für die Zwecke der Kriegführung, d. h. für die Unterbringung der Kriegsanleihen zu reservieren. Es muß also unter allen Umständen vermieden werden, daß neue Kapitalien im Aktienhandel investiert werden. Die selbstverständliche Voraussetzung für die Wahrung dieses Grundsatzes wäre, daß die Banken lediglich reine Kassageschäfte gegen Vollzahlung ausführen. Tun sie das, so werden sie aber natürlich den Bankiers, die bedauerlicherweise auf Aktienkäufe vorschießen, wirtschaftlich unterlegen sein. Und ihr Zweck, die wirtschaftliche Schädigung zu verhindern, wird nicht erreicht. Aber selbst wenn die Banken diesen Grundsatz strikt durchführen wollten, so verhindern sie doch damit nicht, daß nicht die Aufnahmefähigkeit des Publikums für Anleihen geschmälert wird. Denn auch wenn man gegen Kassa eine Aktie kauft, so kauft man eben eine Aktie und keinen deutschen Anleiheschein. Heute wird vielleicht doch mancher Kapitalist angesichts der hohen Verzinsung unserer Kriegsanleihen vom Ankauf von Aktien abgehalten, weil er zu dem privaten Verkehr an der Börse kein rechtes Vertrauen hat und vielleicht glaubt, daß von seinem geplanten Spekulationsgewinn zu viel als Zwischengewinn beim Bankier hängen bleibt. Treten nun jetzt die Banken ins Börsengeschäft ein, so bekommt dadurch der offizielle Börsenhandel eine besondere Weihe. Ob mit Recht oder mit Unrecht, bleibe dahingestellt, aber man wird ihn in Zukunft für solide halten. Der Kapitalist, der sich bisher gescheut hat, seine Aktien, die bei der Bank lagerten, von dort fortzunehmen, wird viel eher seine Papiere veräußern oder tauschen, wenn er es durch die Bank selbst machen kann. Es wird also dadurch der offizielle Börsenbetrieb vergrößert und die Spekulation wird in noch viel größere Kreise hineingetragen, als das heute schon der Fall ist. Von irgendeiner Förderung des öffentlichen Wohles durch den Wiedereintritt der Banken in den Börsenverkehr kann mithin gar keine Rede sein.

Als weitere Voraussetzung für den Eintritt der Banken ist dann gefordert worden daß diese sich lediglich auf Aufträge, die ihnen vom Publikum zukommen sollten, beschränken. Eine derartige Forderung kann nur ein blasser Theoretiker aufstellen. Selbstverständlich wird den Banken vom Kunden ein Auftragsformular ausgefüllt. Und jeder Bankdirektor wird Stein und Bein schwören, daß er nur Aufträge ausführt. Aber wie will man eigentlich verhindern, daß die Depositenkassenvorsteher, so wie sie es in normalen Zeiten tun, auch jetzt dem Publikum ihre Ratschläge geben. Wer den Betrieb in den Depositenkassen der Banken kennt, weiß, daß solche Zurückhaltung dem Vorsteher meist gar nicht möglich sein wird. Die Kundschaft hält sich im Laden auf, diskutiert dies und jenes, ruft schließlich als entscheidenden Sachverständigen den Vorsteher der Depositenkasse an. Da ist die Vermeidung des Animierens vollkommen ausgeschlossen. Genau so naiv ist die Forderung, die Banken sollten das Börsengeschäft nicht dazu gebrauchen, ihre Restbestände abzustoßen. Eine solche Forderung verkennt zunächst, daß aller Wahrscheinlichkeit nach auch heute bereits die Banken, wo sich ihnen Gelegenheit dazu bietet, aus ihren eigenen Beständen Papiere verkaufen. Denn so untätig, wie es den Anschein hat, sind die Banken ja auch heute nicht. Warum sollten sie auch nicht, wenn ein Bankier zu ihnen kommt und ihnen ein festes Angebot auf irgendwelche Papiere macht, sie ihm verkaufen. In Zukunft, wenn sie sich wieder am Börsengeschäft beteiligen, wird es aber für die Banken ganz unmöglich sein, vom Verkauf eigener Bestände abzusehen. Ja, unter Umständen würden sie damit sogar gegen das Interesse ihrer Kundschaft handeln. Wenn heute jemand zu ihnen kommt und ihnen einen Auftrag zur Ausführung an der Börse gegen Barzahlung übergibt, kann es ihnen passieren, daß sie durch Ausführung des Auftrages an der Börse bei geringem Angebot den Kurs stark in die Höhe treiben, während sie in der Lage sind, zu annehmbaren Preisen aus eigenen Beständen die Nachfrage zu befriedigen.

Stellt man sich also einmal auf den Standpunkt, daß der Wiedereintritt der Banken in das Börsengeschäft eine Erweiterung der Spekulation und eine Erweiterung des Marktes bedeutet, so entsteht dadurch sofort die Gefahr, die man durch die Schließung der Börsen seinerzeit bannen wollte. Das Ausland hat dann in viel größerem Maßstabe als jetzt die Möglichkeit, seine Wertpapiere an uns abzustoßen. Dagegen schützt keine noch so große Vorsicht der Banken. Sie werden wahrscheinlich keine Verkaufsaufträge annehmen, deren Auftraggeber ihnen als nicht einwandfrei inländisch gilt. Aber derartige Verkäufer werden natürlich die Banken gar nicht

benutzen. Gerade sie werden zum Privatbankier gehen. Der Privatbankier wird sich natürlich hüten, Aufträge von feindlichen Ausländern auszuführen. Er wird sich aber durch neutrale oder inländische Deckadressen sehr leicht beruhigen lassen. Und die Banken kaufen dann für ihre inländischen Kunden das, was das Ausland abstößt.

Liegt in all diesen Dingen schon eine recht erhebliche Gefahr, so wird vor allem aber etwas wieder möglich, was durchaus vermieden werden muß. Wir haben seinerzeit die Börsen wesentlich unter dem Gesichtspunkt geschlossen, daß wir Fluktuationen vermeiden wollten, die durch den Wechsel der Kriegslage bedingt werden. Man stelle sich einmal vor, wie es bei uns in Deutschland ausgesehen haben würde, wenn wir während der ganzen Dauer der österreichisch-italienischen Verhandlungen einen offiziellen Börsenverkehr gehabt hätten. Da wären schöne Kursstürze und ebenso schwindelerregende Aufstiege in jähem Wechsel erfolgt. Das engere Börsenpublikum nicht nur, sondern das gesamte deutsche Volk wäre dauernd beunruhigt worden. Schon innerhalb des jetzigen Rahmens ging es ja während der letzten Wochen recht bunt an der Börse zu. Und man unterschätze die Beunruhigung nicht, die hinsichtlich der politischen Lage selbst von dem kleinen inoffiziellen Börsenverkehr ausgegangen ist. Aber immerhin konnte diese Beunruhigung über ein gewisses Maß nicht hinausgehen. Man schätzte die intime Kenntnis der Tatsachen bei den handelnden Privatbankiers nicht sehr hoch ein. Aber was für wilde Gerüchte würden sich wohl daran knüpfen, daß im Publikum bekannt wird, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank oder die Disconto-Gesellschaft habe heute Papiere verkauft. Schon jetzt spielen die Direktionsbureaus unserer Banken eine recht geheimnisvolle Rolle, wenn Gerüchte über deutsche Waffenerfolge in den Straßen Berlins verbreitet werden. Der Bankdirektor spielt in allen solchen Fällen heute beinahe dieselbe eigentümliche Rolle wie der hohe Offizier im Generalstab oder im Kriegsministerium, den alle Leute gesprochen haben wollen, die irgendwelche geheimnisvollen Andeutungen oder Mitteilungen weitertragen wollen. Wir wissen ja doch alle, welche Bedeutung schon in normalen Zeiten die Ausführung irgendeines gleichgiltigen Kundenauftrages seitens unserer Großbanken in der Phantasie des Publikums gewinnt. Diese Phantasie ist jetzt um ein Vielfaches gesteigert, und sie wird es sich nicht nehmen lassen, die absonderlichsten Blasen zu treiben, wenn die Banken sich ins Börsenspiel mischen.

All diese Gründe sprechen zunächst gegen die offizielle Wiedereröffnung der Börse. Aber sie sprechen meines Erachtens ebensosehr gegen den Eintritt der Banken ins inoffizielle Börsengeschäft. Denn der Erfolg der Teilnahme der Banken würde nur der sein, daß sämtliche Schattenseiten des offiziellen Börsenverkehrs wieder vorhanden sein würden, ohne die Vorteile der regulierenden Börsenusance. Für eine Erweiterung des inoffiziellen Börsenverkehrs liegt gar keine Notwendigkeit vor. Es fragt sich eher, ob es sich nicht angesichts der offenbaren Ausschreitungen im Gegenteil empfiehlt, in Zukunft jeden Börsenverkehr zu untersagen. Die Börse ist eine segensreiche Institution der kapitalistischen Gesellschaft unter der Voraussetzung, daß sie einwandfrei funktioniert. Wenn ihr einwandfreies Funktionieren aber, wie die Dinge augenblicklich liegen, vollkommen ausgeschlossen ist, dann ist ein Börsentorso eher schädlich als nützlich. Daß wir ohne die Börse auskommen, ist für diese Ausnahmezeit bewiesen. Man weise nicht darauf hin, daß ja auch Paris und London die Börsen wieder eröffnet haben. Dort hat man nur mit allen möglichen Künsteleien sogenannte Börsen während der Kriegszeit wieder eröffnen können. Aber man mußte dort zu solchen Maßnahmen greifen, weil man selbst das Stückchen, das man aufrechterhalten konnte, brauchte. Denn dort fehlt jede Spur einer Organisation für die Befriedigung eines Geldbedarfes. Wir aber haben in unsern Dahrlehnskassen eine ausgezeichnet arbeitende großzügige Organisation, die allem Notwendigen Rechnung trägt. Und deshalb sollten wir alles, was diese Organisation stört, aus dem Wege räumen. Die Art des Börsenverkehrs, die sich jetzt etabliert hat, bedeutet eine ganz empfindliche Störung dieser Organisation. Und deshalb fort mit ihr.

Die letzte Milliarde.

Betrachtungen zur Frage der finanzwirtschaftlichen Ausdauer der Parteien im jetzigen Weltkriege

Von Dr. Herbert von Beckerath, Privatdozent an der Universität Freiburg i. B.

Nach dem bekannten Ausspruch Lloyd Georges soll im gegenwärtigen Kriege diejenige Partei Sieger bleiben, welche die „letzte Milliarde“ aufzubringen vermag. Lloyd George glaubte natürlich, daß diese letzte Milliarde auf seiten seiner Nation und ihrer Verbündeten sein werde. Dieser auf den Reichtum besonders Englands und Frankreichs begründete Glaube mußte bestärkt werden durch die Tatsache, daß Deutschland und seine Verbündeten in diesem Kriege in weit höherem Maße vom internationalen Kredit, vom Rückgriff auf neutrale Wirtschaftskraft abgeschnitten sind als ihre Gegner. Sie sind im wesentlichen wirtschaftlich und besonders hinsichtlich der Staatsfinanzen auf eigene Kraft angewiesen. Das Maß wirtschaftlicher Kraft aber, das Deutschland und auch Oesterreich während dieses Krieges bisher entwickelt haben, hat niemand vorher geahnt.

Wird nun diese wirtschaftliche Kraftanspannung dauern können, wird sie ebenso lang und noch länger dauern können, als bei unsern Gegnern, und unter welchen Voraussetzungen? Zur Beantwortung dieser Frage wollen wir uns zunächst die weitere Frage vorlegen: wie werden die Mittel zur Führung dieses Krieges aufgebracht?

Eine frühere Zeit mit unentwickeltem Staatskredit, schwerfälligem Geldwesen und schwerfälligem Steuerapparat hat das oft zitierte Wort geprägt: Zum Kriegführen gehöre vor allem Geld. Gemeint ist Geld im eigentlichen Sinne, Kaufkraft in ihrer stets schlagfertigen Form als Bargeld zu einem Schatz in den Händen des Staates vereinigt. — Im Zeitalter der entwickelten Kreditwirtschaft, insbesondere des entwickelten öffentlichen Kredits, ist nicht mehr Geld, sondern vielmehr Kredit ein Haupterfordernis erfolgreicher und aussichtsreicher Kriegführung. Neben der Steuer dient vor allem die Inanspruchnahme des Kredits zur Bestreitung der Kriegskosten, während früher diese Kosten großenteils aus den aufgespeicherten Barschaften beglichen werden mußten. Der bare Staatsschatz hat als Kaufkraftfonds heute nur mehr eine sekundäre Bedeutung, besonders für den Kriegsbeginn. Er ist, wie die Gebarung der ihn verwaltenden Zentralbanken in diesem Kriege zeigt, nicht zur Verausgabung, sondern zur Sicherung des Wertes des nationalen Umlaufsmittels nach innen und außen bestimmt.

Der moderne Staat kann des Geldes in seiner Funktion als Zahlungsmittel natürlich so wenig entraten wie der Merkantilstaat; mag es sich nun um Bargeld, Noten, Kreditgeld (Wechsel) oder bankmäßige Zahlungsmittel (Scheck, Giroüberweisung und Buchgutschrift) handeln. Die Geldzeichen aber, die der Staat besitzt, mittelst der Notenpresse schafft, oder durch Steuern und Anleihen in seine Gewalt bringt, ebenso wie das moderne Kreditgeld und die bankmäßigen Zahlungsmittel sind für ihn nicht Kaufkraftfonds, die zur einmaligen Verausgabung und Verzehrung bestimmt sind, sondern Instrumente der Kaufkraftübertragung. Das erstere war zum großen Teil der Fall in einer früheren Zeit, wo Kreditwesen und Steuerwesen wenig dazu angetan waren, die einmal verausgabten Gelder während des Krieges der Staatskasse wieder zuzuführen. Heute gibt uns die Entwicklung des Kredits neben dem modernen Steuerwesen die Mittel, das Geld auch in Kriegszeiten im Umlauf zu erhalten, es nicht zu einem verbrauchlichen Kaufkraftfonds für den Staat, sondern zu einem dauernden wirksamen Instrument der Uebertragung von Kaufkraft (Vermögensmacht) sowohl wie von Gütern zu machen, dessen sich der Staat wie die Privaten bedienen können, solange es nur Kaufkraft (Vermögen) und Güter zu übertragen gibt. Immer wieder gelangt der Staat ganz von selbst in den Besitz dieses Kaufinstruments; rein geldlich betrachtet, läßt der Krieg ihm die letzte Milliarde immer wieder in den Schoß fallen. Zu Beginn des Krieges setzte der Staat die Notenpresse in Bewegung, um sich zusätzliches Geld zu verschaffen, und zieht durch Anleihen Bargeld und Bankgeld an sich. Die Anleihekäufer übertragen dem Staat nicht nur Bargeld, sondern auch Wechsel, ferner Bankguthaben und Noten. Noten, Wechsel, Bargeld und Bankguthaben repräsentieren alle einen Anspruch auf eine ihnen wertgleiche Gütermenge und Menge von Diensten aus der Volkswirtschaft. Indem der Staat diese seine „Geld“mittel verausgabt, regt er Güterproduktionen an, zieht er die für seinen Kriegsbedarf benötigten Gütermengen aus der Volkswirtschaft an sich. Ist dies geschehen, und sind die aus den Barmitteln, Noten und Guthaben des Staates bezahlten Produktionen vollendet, die betreffenden Güter abgeliefert, so hat der Staat die Güter, die Volkswirtschaft, d. h. eine Reihe von Privatwirtschaften, haben das Geld. Nach Ablauf der Produktionen und Güterumsätze, die es vermittelt hat, wird dieses Geld also wiederum freigesetzt. Die direkten und indirekten Staatslieferanten schwimmen im Geld. Soweit sie es nicht zum Lebensunterhalt, zur Betriebserweiterung, zu Rohstoffkäufen usw. gebrauchen, müssen sie nach Anlage dafür suchen. Die private Anlagegelegenheit ist aber im Kriege durch die Stockung vieler Industrien und das Aufhören privater Investitionen (Wohnungsbau), sowie durch die von den Regierungen vielfach absichtlich herbeigeführte Hemmung der Börsentätigkeit beeinträchtigt. So drängen die überall bei den Banken sich ansam-

melnden Depositen zur Anlage im Staatskredit. Der Moment ist für den Staat gekommen, den Reichtum der Gelder für sich einzufangen. Dieser Vorgang kann sich nun beliebig oft wiederholen, solange es nur für den Staat mittels des Geldes, das er immer wieder an sich zieht, etwas zu kaufen gibt. Die letzte Milliarde ergibt sich demnach nicht aus einer Erschöpfung der Geldfonds, sondern der Güterfonds. Das Versiegen des Geldbrunnens ist, wie wir noch sehen werden, nur der Ausdruck dafür, daß sich die Gütervorräte und die Reproduktion an Gütern erschöpft haben und dem Verbrauch nicht beibleiben.

Hieraus ergibt sich, daß, wer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kriegführenden Völker gegeneinander abwägen will, Volksvermögen und Volkseinkommen vergleichen muß, und zwar beides gewissermaßen als Fonds von Gütern und als daraus fließendes Gütereinkommen, als materielle Reproduktivkraft der Volkswirtschaft. Dieses hat man denn auch meist getan, allerdings auch von wissenschaftlicher Seite in nicht einwandfreier Weise.

Meist werden nämlich die Volksvermögen und Volkseinkommen wie Privatvermögen und Privateinkommen als Geldwertsummen verglichen. Bei privaten Tauschwirtschaften innerhalb der modernen tauschwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft ist diese Art der Vergleichung korrekt. Zwischen Volkswirtschaft und Privatwirtschaft bestehen aber wesentliche Unterschiede. Will man die Volkswirtschaft gewissermaßen als Einzelwirtschaft betrachten wie bei der Feststellung von Volksvermögen und Volkseinkommen, wobei man das ganze Volk als einen einzigen Wirtschafter auffaßt, so muß man die ganze Volkswirtschaft nicht zu einer privaten Tauschwirtschaft sondern eher zu einer Natural-Eigenwirtschaft mit gelegentlichen Austauschbeziehungen in Vergleich setzen. Ihr Reichtum ermißt sich daher nicht nach Tauschwerten, nach dem Geldmaß ausgedrückt, sondern nach ihrem Vorrat an Gebrauchswerten, an Dingen, die sie selbst braucht, und an der Fähigkeit, solche neu zu produzieren.

Will man diesen Reichtum quantifizieren, so bleibt freilich nichts übrig, als ihn tauschwertmäßig auszudrücken nach dem Geldwert, der den Gütern bei ihrem Austausch zwischen den Privatwirtschaften innerhalb der Volkswirtschaft beigemessen wird. Dabei ergeben sich aber mit Notwendigkeit eine Reihe von Fehlern:

1. ist der Geldwert der Güter zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern verschieden; eine gleiche Geldwertmenge, auf Gold zurückgeführt, drückt in verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten keineswegs die gleiche Kaufkraft, keineswegs eine gleiche Menge von Verfügung über Güter und Dienste aus;

2. sind Doppelzählungen bei der Feststellung des Volksvermögens und Volkseinkommens kaum zu vermeiden, wenn man wie gewöhnlich beides aus der Addition der reinen Einzelvermögen und Einzeleinkommen inkl. des reinen fiskalischen Vermögens und Einkommens errechnet.

3. wird die Berechnung des reinen fiskalischen Vermögens als Geldvermögen dadurch erschwert, daß Bestandteile des Aktivvermögens der öffentlichen Körperschaften, wie Straßen, Bahnanlagen, Kanäle usw., überhaupt Verkehrsanlagen jeder Art, ferner Wehrmittel usw., dem Tauschverkehr grundsätzlich entzogen sind, und deshalb nur mittelst vager Schätzung ihrem in Geld ausgedrückten Tauschwert nach quantifizierbar sind.

4. Umfaßt die Berechnung des Volksvermögens und -einkommens aus den Einzelvermögen und -einnahmen Wertsummen, denen keine Güterquantitäten entsprechen. — Hierher gehört der sogenannte unverdiente Wertzuwachs aller Art, der die Tauschwertsummen der Vermögensobjekte und die Summen der Einkommen in der Volkswirtschaft, als Nominaleinkommen erfaßt, steigert, ohne Gütervermögensvermehrung und ohne entsprechende Steigerung der Neuproduktion.

Eine Art der Feststellung des Volks v e r m ö g e n s, die manche Fehler der Berechnung aus den einzelnen Vermögen vermeidet, die aber für das Volks e i n k o m m e n nicht anwendbar ist, ist die, welche sich unmittelbar an die nach ihrem gemeinen Tauschwert quantifizierten Objekte hält ohne Rücksicht auf die Vermögenszugehörigkeit. Diese Zählung wird vor allem vermittelst der Feuerversicherungsstatistik und der Statistik der Auslandsanleihen gemacht, ist aber schon wegen der Mangelhaftigkeit dieser Statistik roh und ungenau.

So ist der zahlenmäßige Vergleich der Volksvermögen und Volkseinkommen eine höchst unvollkommene Methode zur Feststellung der relativen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verschiedener Volkswirtschaften. Die relative Leistungsfähigkeit nach dem Volksvermögen und -einkommen aber, wie es im Frieden festgestellt wurde, beweist sehr wenig für die relative wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Ausdauer einer Volkswirtschaft im Kriege, und besonders im Weltkriege. Denn beim Uebergang aus dem friedlichen Zustand zum Weltkrieg ändert sich diese Leistungsfähigkeit, und zwar in verschiedenen Ländern in ganz verschiedener Art. Das Maß der erlittenen Veränderung hängt zunächst ab von der Entwicklung, welche die internationalen Austauschbeziehungen einer Volkswirtschaft vor dem Kriege genommen hatten, und von der Beeinträchtigung, die sie durch den Krieg erleiden. Der Weltkrieg bedeutet Abbruch oder doch starke Störung der internationalen Austauschbeziehungen. Dies trifft dort nicht hart, wo man schon im Frieden die benötigten Gebrauchswerte selbst erzeugte und besaß, und wo man auch im Kriege leicht imstande ist, den Güterbedarf des Krieges sowohl wie den fortlaufenden Güterbedarf der friedlichen Bevölkerung aus eigenen Vorräten und eigener Produktion zu decken. Ist aber ein Volk aus natürlichen Gründen, wie durch Mangel wichtiger Rohstoffe oder kraft historischer Entwicklung, dahin gelangt, seinen Güterbedarf des Friedens und des Krieges nicht unmittelbar selbst zu erzeugen sondern vom Auslande

gegen Exportprodukte eintauschen zu müssen, die im Inlande keine Verwendung oder nur geminderten Wert haben, so findet mit dem Ausbruch des Weltkrieges und der Störung der Austauschbeziehungen eine starke Verringerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und des Volksvermögens, wenigstens für die Kriegszeit, statt. Bei Unterbindung der Einfuhr sind die unentbehrlichen Auslandsprodukte gar nicht oder nur zu höchsten Preisen käuflich, die nicht absetzbaren und im Inlande unverwendbaren Exportprodukte aber werden ganz oder fast ganz entwertet. So schwinden Vermögen und Einkommen des Staates und der Privaten durch Steigerung der Ausgaben und Einnahmeminderung und Wertvernichtung. Daher ist es für den Vergleich der wirtschaftlichen Ausdauer der verschiedenen Länder im Kriege von höchster Bedeutung, ob sie, wie z. B. Deutschland, in der Lage sind, auch im Kriege sowohl den Friedensbedarf wie den besonderen Kriegsbedarf aus Eigenem zu decken, oder ob sie auf das Ausland angewiesen sind. Mit Hilfe der Statistik über Volksvermögen und Volkseinkommen im Frieden läßt sich über diesen Punkt keine Klarheit gewinnen.

Ebensowenig kommt darin ein weiteres, für die kriegswirtschaftliche Leistungsfähigkeit mitbestimmendes Moment zur Geltung: Das Volkseinkommen, die Reproduktivkraft der Volkswirtschaft hängt ab von der Kombination von Sachkapital und menschlicher Arbeit. Der letztere Faktor aber wird im Kriege in verschiedenen Ländern in ganz verschiedenem Maße geändert, je nachdem ein größerer oder kleinerer Teil der Bevölkerung durch den Heeresdienst der wirtschaftlich-produktiven Arbeit entzogen wird. In diesen Punkten sind natürlich die Länder ohne allgemeine Wehrpflicht und mit teilweise aufrechterhaltenem Außenhandel — wie England — im Vorteil vor den Ländern der allgemeinen Wehrpflicht, namentlich wenn diese, wie Deutschland und Rußland, während des Krieges von der Zufuhr größtenteils abgeschnitten sind.

Aus allen diesen Gründen darf der Vergleich der Stärke verschiedener Kriegsvolkswirtschaften nicht stehen bleiben bei dem zahlenmäßigen Vergleich der Volksvermögen und Volkseinkommen nach ihrem Friedensstand, es müssen vielmehr alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, innerhalb jeder Volkswirtschaft aus eigenen Vorräten und eigener Neuproduktion den friedlichen und kriegerischen Bedarf zu decken. Daneben ist in Betracht zu ziehen, inwieweit jede Volkswirtschaft in der Lage ist, für ihren Bedarf während des Krieges auf das Ausland zurückzugreifen, insbesondere nicht nur im Wege des Warenaustausches mit dem Ausland, sondern im Wege der Wareneinfuhr auf Kredit. Diese Stärke der Volkswirtschaften im Kriege in einigermaßen zuverlässiger Weise statistisch zu erfassen, scheint uns unmöglich. Versuche, durch Schätzung der im Kriege gegenüber dem Friedensstand in Vermögen und Einkommen entstehenden Veränderungen eine Statistik aufzumachen, können nur zu einer scheinbaren Exaktheit führen und falsche Anschauungen erwecken, indem sie feste Ziffern nennen, wo es sich gerade infolge der besondern kriegswirtschaftlichen Verhältnisse um durchaus dehnbare Größen handelt. Es genügt auch vollkommen die Feststellung, daß eine Volkswirtschaft aus Eigenem oder durch Zufuhr imstande ist, ihren Güterbedarf und speziell ihren Kriegsmaterialbedarf für jede in Betracht kommende Kriegsdauer zu decken, und dies läßt sich, soweit es überhaupt tunlich ist, ohne Statistik auf Grund der bekannten Produktions- und Einfuhrverhältnisse ebensowohl ausführen. Geldwertsummen besagen hier äußerst wenig, und es ist wichtig, sich klarzumachen, daß, solange es an Gütern nicht fehlt, es auch dem Staat nicht am Gelde fehlt, während ein Geldmangel, das Herannahen der letzten Milliarde, das untrügliche Symptom des Mangels der benötigten Güter ist. Beim regelmäßigen Gang der Produktion und ihrem Gleichgewicht mit der Konsumtion macht das Geld als Ausdruck von Kaufkraft einen Kreislauf, immer von neuem den Zirkel der Produktion und Konsumtion belebend. Ist aber dieser Zirkel in der Produktion oder durch Ueberkonsumtion gestört, erschöpfen sich die Vorräte für Kriegsbedarf und Lebensnotwendigkeiten der Bevölkerung, dann steigen die Preise überall ins ungemessene. Die Preissteigerung, die Verringerung der Kaufkraft des Geldes, frißt die privaten Vermögen und Einkommen und erschöpft die Kaufkraft in den Händen des Staates vor der Zeit, während sie die Quellen der Anleihen und Steuern versiegen macht. Es nützt dann auch nichts mehr die Schaffung neuer Kaufkraft durch Papiergeldausgabe, sie vermag nur solange zu helfen, als die Volkswirtschaft imstande ist, unter dem Anreiz erhöhter Preise und verstärkter Nachfrage noch brachliegende Gütermengen zur Verwertung zu bringen und die Produktion zu steigern. Es ist sehr wichtig, sich klarzumachen, daß die Leistungsfähigkeit speziell der Staatswirtschaft nicht abzulesen ist aus den Ziffern der Anleiheerträgnisse und verfügbaren Geldmittel des Staates; so erfreulich auch große Anleiheresultate sind, das Hinreichen eines Anleiheertrages hängt nicht allein ab von seiner absoluten Höhe sondern ebensosehr von den Preisen, zu welchen der Staat seinen Bedarf decken muß.

Bisher haben wir die Frage der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft im Kriege vor allem mit Rücksicht auf Gütervorräte und Neuproduktion betrachtet. Wir wollen sie nunmehr auch von der Seite der Konsumtion betrachten und die Frage nach der mit Rücksicht auf die Erhaltung der volkswirtschaftlichen Ausdauer zweckmäßigen und sparsamen Konsumtion erheben. Wir können diese Frage in zwei, jetzt häufig aufgeworfene Probleme zerlegen:

1. Sollen wir mit Rücksicht auf die Erhaltung der kriegswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft — jede andere Rücksicht beiseite gelassen — sparen oder nicht?

2. Ist es richtig, daß am besten der Krieg den Krieg ernährt? Daß die Konsumtion des Staates an Kriegsmaterial der daheimbleibenden Bevöl-

kerung ihren Lebensunterhalt in der Herstellung von Kriegsbedarf sichern kann und die Vermögens- und Einkommensbildung zugunsten des kapitalbedürftigen Staates fördert?

Um die zur Beantwortung dieser Fragen und zunächst der ersten Frage wesentliche Momente hervorzuheben, wollen wir uns in die Lage eines Landes versetzen, das die weltkriegswirtschaftliche Situation, Trennung vom Weltmarkt und Angewiesensein auf Eigenproduktion bei starken Einberufungen zum Heeresdienst, am deutlichsten zeigt, etwa in die Lage Deutschlands. Wir möchten dann sagen, daß, was die Frage nach dem Sparen in Kriegszeiten angeht, in einem solchen Lande in den ersten Kriegsmonaten eine gewisse Art reichlicher Konsumtion namentlich seitens der öffentlichen Wirtschaften am Platze ist, während im weitern Verlauf mehr und mehr strengste Sparsamkeit zur Pflicht öffentlicher wie privater Wirtschaften wird. Zu Beginn des Krieges ist noch ein großer Teil der später eingezogenen Männer daheim und bietet sich auf dem Arbeitsmarkte an. Die Arbeitsnachfrage aber ist in der ersten Zeit durch die Stockung aller Neuinvestitionen und die mit der Kriegspanik zusammenhängende Einschränkung aller Neuanschaffungen stark eingeschränkt. Die Folge ist starke Arbeitslosigkeit. In dieser Epoche ist reichliche Konsumtion der öffentlichen und privaten Wirtschaften, um die Produktion anzuregen und der Arbeitslosigkeit zu steuern, vielfach empfohlen worden. Dies war unrichtig, soweit die Mehrkonsumtion sich auf im Krieg schwer ersetzbare, unentbehrliche Güter, wie etwa Nahrungsmittel, richtete. Dagegen war es damals gute Wirtschaft öffentlicher und privater Haushalte, durch sofortige Inangriffnahme nützlicher Arbeiten und notwendiger Bedarfsdeckung den zahlreichen müßigen Händen Beschäftigung zu geben. Dies war vor allem dann der Fall, wenn die betreffenden Arbeiten, wie etwa Meliorationen, die Produktivität der Volkswirtschaft noch für die Kriegszeit erhöhten, oder wenn Bedarfsdeckungen vorweg genommen wurden, die jedenfalls noch im Laufe des Krieges, wenn aus etwas später, hätten zur Deckung kommen müssen. Es wurde so die nationale Arbeitskraft in einer Weise zeitlich verteilt, die der Produktivität der Volkswirtschaft im Kriege zugute kam. Statt im Anfang müßige Arbeitskräfte zu füttern, ließ man sie für ihren Lohn und Lebensunterhalt in nützlicher Weise der nächsten Zukunft vorarbeiten, durch Stärkung der nationalen Produktivkräfte und Vorausdeckung des kommenden Bedarfs. So wurde Arbeit getan für die Zeit, wo es infolge der immer weiter greifenden Einberufungen zum Heeresdienst, infolge des wachsenden Arbeiterbedarfes der Kriegsindustrie und der wieder erwachenden privaten Konsumtion an Arbeitern zu fehlen beginnt. Zugleich wurde von vornherein die Einkommensbildung und Kapitalbildung und auch die Konsumtion in normale Bahnen zurückgelenkt, zum Vorteil der Erhaltung der nationalen Produktivkräfte, namentlich soweit sie auf die Herstellung notwendigen Lebensbedarfes der Bevölkerung gerichtet waren. — In der zweiten Epoche des Arbeitermangels, in der sich Deutschland seit einigen Monaten befindet, erweist sich die reichliche Vorausdeckung des Bedarfs und die Stärkung der Produktivkräfte durch Unterbringung des Sachkapitals als großer Vorteil. In diesem Zeitraum ist man natürlich nicht in der Lage, eine Konsumtion über das unbedingt Notwendige vorzunehmen, da wegen des Arbeitermangels die Konsumtion mit Rücksicht auf die Herstellungsmöglichkeiten soweit wie tunlichst eingeschränkt werden muß. Nunmehr ist strengste Sparsamkeit geboten.

Die Antwort auf die zweite jener Fragen, inwieweit der Krieg den Krieg ernähren kann, ergibt sich leicht auf Grund unserer obiger Ausführungen. Man hat diesen Gedanken oft propagiert. Wir können dieser Meinung durchaus nicht beipflichten. So unleugbar die Produktion an Kriegsmitteln und die weiter daraus hervorgehende Einkommensbildung die Volkswirtschaft im Kriege im Gang gehalten hat, und auch die Konsumtion von Friedensgütern ermöglichte, so bleibt es doch wahr, daß ein Volk auf die Dauer nicht allein von Kriegsschiffen, Kanonen und Gewehren leben kann; würde es über der Herstellung dieser Artikel die Ergänzung des notwendigen Lebensunterhaltes vernachlässigen, so würden die Kosten der Lebenshaltung derartig steigen, daß von hier aus eine Aufzehrung der privaten Vermögen und Einkommen und in der Folge auch eine Erschöpfung der staatlichen Finanzkraft durch Versiegen der Geldquellen und Verteuerung der Verpflegung des Heeres sowie wachsende Armenlasten erfolgen müßte.

Ziehen wir nun zum Schluß aus den vorausgehenden allgemeinen Betrachtungen die Folgerung für Deutschland, seine Verbündeten und seine Gegner im jetzigen Kriege.

Deutschland und seine Verbündeten haben vor ihren Gegnern den großen Vorteil voraus, durch den Umfang und die Richtung, welche ihre wirtschaftliche Produktion größtenteils schon im Frieden hatte, sowohl für den Friedensbedarf wie für den besonderen Kriegsbedarf nahezu unabhängig vom Auslande zu sein. Da sie über gewaltige Gütervorräte der rechten Art (d. h. solcher, die sie selbst gebrauchen) und mächtige Produktionsmittel verfügen, erscheint ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eventuell auf Jahre hinaus unerschöpflich, solange es nur gelingt, die Reproduktion einigermaßen im gleichen Schritt mit dem Konsum zu halten. Die Schwierigkeit liegt hier hauptsächlich in der Arbeiterfrage. — Ausländische Arbeitskräfte sind schwer zu bekommen, die nationale Arbeitskraft ist durch den Heeresdienst stark gebunden. — Es ist eines der wichtigsten aber schwierigsten Probleme der Verwaltung, hier den richtigen Ausgleich zwischen dem Heeresinteresse, das möglichst viele Männer unter die Fahne bringen will, und dem Interesse der Erhaltung seiner ausreichenden Güterreproduktion zu finden. Die Einsicht und das organisatorische Talent der leitenden Männer wird sicherlich hier die rechten Wege einzuschla-

gen wissen, um nicht allein die Landwirtschaft sondern alle Zweige notwendiger Produktion mit ausreichenden Arbeitskräften zu versehen und die vorhandenen Arbeitskräfte durch wirksamste organische Kombination mit den sachlichen Produktionsmitteln und richtige Verteilung aufs höchste auszunutzen. Aufgabe der produzierenden Gewerbe ist es, sie hierin durch höchste Anspannung aller Arbeitskräfte und Anwendung arbeitssparender Produktionsmethoden zu unterstützen, während jeder einzelne sich nach seinen Kräften und Fähigkeiten organisatorisch und tätig an der nationalen Arbeit beteiligen soll. — Gilt dies für die Produktion, so gilt für die Konsumtion, nachdem die ersten Zeiten der schlechten Lage des Arbeitsmarktes vorüber sind, auf allen Seiten die Pflicht sparsamster Gebahrung. Unter der Voraussetzung, daß die Forderungen erfüllt werden, dürfen wir nach unseren bisherigen Erfahrungen mit bestem Vertrauen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und seiner Verbündeten in die Zukunft sehen, ohne darum zu vergessen, daß wir auch volkswirtschaftlich äußerst mächtige Gegner vor uns haben, die zwar in einigen Punkten wirtschaftlich im Nachteil, in anderen aber in einer Ueberlegenheit sich befinden, die wir nur durch größte Anstrengung auch auf wirtschaftlichem Gebiet ausgleichen können. Im Nachteil befinden sich unsere Gegner in der Frage der kriegswirtschaftlichen Autonomie. In Belgien, soweit dieses überhaupt noch als feindliche Volkswirtschaft anzusprechen ist, und Frankreich ist durch den Krieg teils infolge der Okkupation, teils durch weitgreifende Einberufungen zum Heeresdienst die Produktion nach allen Nachrichten stark ins Stocken geraten. Man ist dort großenteils auf das Ausland für seinen Unterhalt angewiesen. England als Fabrikaterportstaat mit vernachlässigter Agrarproduktion und spezialisierter industrieller Produktionsrichtung hat die größte Mühe, bei der Hemmung und Gefährdung seines Seeverkehrs im Kriege seinen Bedarf an Agrarprodukten und an gewissen Industrieprodukten, besonders Kriegsmaterial und an solchen Waren, die bisher Deutschland lieferte, zu erschwinglichen Preisen zu decken. Eine sehr starke Teuerung ist die Folge, die den sozialen Frieden schon jetzt gefährdet, und die bei weiterer Steigerung und Dauer auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines so reichen Landes und Staates gefährden muß. — Für Rußland ist der Mangel wirtschaftlicher Autonomie fast nur hinsichtlich des Kriegsbedarfs fühlbar, hier aber um so stärker. — Demgegenübeer haben unsere Gegner, namentlich Frankreich und England, aber auch große Vorteile. England den, daß seine Arbeitskräfte durch den Krieg bis jetzt nicht in dem Maße im Heeresdienst gebunden sind wie die unsrigen, beide Länder den Vorteil, daß ihnen der Warenaustausch mit dem Auslande und vor allem der internationale Kredit, die Warenzufuhr auf Kredit weit mehr zugänglich ist als uns. Viel mehr als wir können sie, was ihnen an eigener Wirtschaftskraft abgeht, durch Inanspruchnahme der Wirtschaftskraft Dritter ersetzen.

Die Frage, wer wirtschaftlich in diesem gewaltigen Kampfe siegt, ist keineswegs eine Frage, deren Beantwortung sich aus materiellen Größen ermessen und errechnen läßt. Es kommt nur darauf an, wer die Fähigkeit hat, seinen Willen, seine organisatorischen Fertigkeiten in entscheidenster Weise für die Zwecke der Erhaltung und Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte im Kriege einzusetzen, und wer am besten versteht, unter entsprechendem Verzicht auf überflüssige Konsumtion unter Opfern, die dem Menschen manchmal fast schwerer fallen als die unendlich viel größeren des Lebens und der Gesundheit, die Forderung sparsamsten Haushaltens mit den gegebenen und beschaffbaren Vorräten zu verwirklichen. — So ist auch die Frage der letzten Milliarde nicht allein eine materielle, eine Geldfrage, sie ist eine Frage der sittlichen Leistungsfähigkeit der ringenden Völker. Gerade aus diesem Umstand dürfen wir Deutsche nach den bisherigen Erfahrungen in diesem Kriege die besten Hoffnungen schöpfen.

Revue der Presse.

In der Vossischen Zeitung (3. Mai) wird

Deutschlands Besitz an russischen Wertpapieren

auf etwa drei Milliarden Mark geschätzt. Die in Deutschland begebenen russischen Papiere zerfallen in Staatspapiere, Eisenbahnobligationen und Bankaktien. Die russischen Staatsanleihen sind größtenteils in der Zeit von 1890 bis 1902 nach Deutschland gekommen, nach dieser Zeit ließ das Interesse für diese Wertpapiergattung nach. An ihre Stelle traten die staatlich garantierten Eisenbahnobligationen, von denen sich erhebliche Beträge in deutschem Besitz befinden. Bei den Bankaktien ist zwischen Petersburger und Provinzinstituten zu unterscheiden. In einem Teil der ersteren entwickelte sich zeitweilig ein sehr lebhaftes Ultimogeschäft. Die Schätzung des deutschen Besitzes an russischen Wertpapieren begegnet großen Schwierigkeiten, da die älteren Anleihen einen sehr internationalen Markt haben und ihr Gesamtbetrag an verschiedenen Börsen zugelassen ist. Bei den neueren Anleihen dagegen ist an den einzelnen Börsen meistens nur ein bestimmter Teilbetrag zugelassen worden. Unter Berücksichtigung der Zu- und Abflüsse ist der deutsche Besitz an russischen Werten, wie oben angegeben, auf zirka drei Milliarden Mark geschätzt worden. — Der Vorwärts (2. Mai) äußert sich zur Frage der

Kriegsgewinnsteuer

Besonders in den letzten Wochen haben die Geschäfts-

berichte der Aktiengesellschaften gezeigt, wie groß die Kriegsgewinne bei vielen Aktiengesellschaften gewesen sind, obwohl zum abgelaufenen Geschäftsjahr nur fünf Kriegsmonate gehören. Nur ein Teil der Kriegsgewinne kommt in den Bilanzen zum Ausdruck, da aus dem Betriebsgewinn vielfach Neuanschaffungen vorgenommen worden sind oder besonders hohe Abschreibungen gemacht wurden. Die hohen Gewinne der Aktiengesellschaften — und zwar nicht nur in der Kriegsindustrie i. e. S. — lassen einen Schluß zu auf die Gewinne der Unternehmen, die nicht zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichtet sind. Da diese Gewinne zum großen Teil auf Kosten der Arbeiter und Angestellten gemacht worden sind, ist es eine billige Rechtsforderung, daß diese Unternehmen zu besonderen Kriegsgewinnsteuern herangezogen werden. Zwar läßt sich zwischen denen, die ihr Leben fürs Vaterland wagen, und denen, die aus den Kriegslieferungen enorme Gewinne ziehen, durch eine noch so hohe Kriegsgewinnsteuer kein Ausgleich schaffen; doch wirkt eine solche Steuer im Sinne eines Teilausgleiches, da sie die Mittel schafft, den Krüppeln und den Hinterbliebenen der gefallenen Krieger eine anständige Versorgung zu schaffen. — In der Kölnischen Volkszeitung (28. April) bespricht J. Giesberts

die deutsche Arbeiterbewegung und die Kriegsmaßnahmen.

Die Regierung hat bei den zahlreichen wirtschaftlichen Maßregeln, die sie zu ergreifen hatte, teilweise außerordentlich viele Sachverständige gehört. Daraus ergab sich für Maßnahmen sozialpolitischer Art die Fühlungnahme der Regierung mit den Vertretern der Arbeiter. Diese Unterhandlungen haben segensreich gewirkt, da sie Maßregeln gegen die Lohndrückerei einzelner Kriegslieferungsfirmen zur Folge hatten. Außerdem gelang es, die Arbeiter von der Aufstellung übertriebener Lohnforderungen zurückzuhalten. Dies Verhandeln mit den Gewerkschaften ist der Regierung von Kirdorf und anderen verargt worden. Bei den Beratungen handelte es sich hauptsächlich um das Einigungsamt, dem die Bergwerksindustrie ablehnend gegenübersteht, da sie die Gewerkschaften als „Kampforganisationen" ansieht. Nachdem die Gewerkschaften im Kriege gezeigt haben, daß sie durchaus auf dem Boden des Staates stehen, wird es sich für die industriellen Verbände empfehlen, ihre Stellungsnahme gegenüber den Gewerkschaften einer Revision zu unterziehen. — Die Kölnische Zeitung (4. Mai) bringt eine Zusammenstellung über

die holländischen Großbanken im Jahre 1914.

Auch in den neutralen Ländern haben die Banken eine Zeit der Panik mit Geldentziehungen durchgemacht. So sind drei von den holländischen Großbanken in den ersten Tagen nach dem 28. Juli ca. 50 Millionen Gulden entzogen worden. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind nicht nur die abgehobenen Gelder zurückgeflossen, sondern außerdem noch erhebliche Beträge hinzugekommen. Der Rohgewinn des Jahres 1914 übersteigt bei den Banken den des vorigen Jahres nicht unerheblich, da jedoch ziemlich große Abschreibungen bzw. Rückstellungen vorgenommen wurden, mußte die Dividende ermäßigt werden. Die Amsterdamsche Bank zahlt 9 (1913: 10½) %, die Rotterdamsche Bankvereeniging 7 (8) %, die Incasso-Bank 5½ (6½) Prozent und die Tventsche Bankvereinigung 7 (7½) %. — Der Berliner Börsen-Courier (1. Mai) bringt eine Betrachtung von Prof. Dr. Doormann über die

zukünftige Steuerpolitik.

Die vor dem Kriege abgegebenen Schätzungen über die Höhe der deutschen Kriegskosten, die z. B. von Rießer mit monatlich 540 Millionen angenommen wurden, haben sich als viel zu niedrig erwiesen. Die Kosten werden mehr als das Dreifache der Rießerschen Schätzung ausmachen. Bisher sind schon 20 Milliarden Kriegskredite bewilligt worden. Die Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihen sowie die Versorgung der Kriegsinvaliden werden sehr erhebliche Mittel beanspruchen, die auf dem bisher üblichem Wege der Steuerpolitik nicht aufzutreiben wären. Schon vor dem Kriege fand eine Verdrängung der liberal-individualistischen Auffassung des Steuerwesens durch die staatssozialistische statt. Durch den Krieg ist die Verwirklichung dieser sozialen Epoche der Steuerpolitik beschleunigt worden. Dadurch wird die Frage der Staatsmonopole für die Finanzpolitik wieder aktuell. Infolge der Notwendigkeit, Einnahmen in großem Stile zu beschaffen, treten alle Bedenken gegen die Einschränkung der Freiheit des Erwerbslebens zurück. Die Wirkungen dieser Aenderung der Finanzpolitik werden sehr einschneidender Art sein. — In der Vossischen Zeitung (4. Mai) weist Prof. Dr. J. Jastrow auf einen Vorfall hin, der ihn zu der Frage veranlaßt:

Eine amerikanische Bundesanleihe für kriegführende Staaten?

Durch die Zeitungen ist eine Nachricht gegangen, nach der das Federal Reserve Board die zur Bezahlung der Kriegslieferungen geschaffenen Wechsel als Notendeckung zugelassen hat. Da die vom Federal Reserve Board ausgegebenen Noten nach dem Bankgesetz als Schuldverschreibungen der Vereinigten Staaten angesehen werden müssen, würde die erwähnte Maßnahme in der Tat auf eine, wenn auch verkappte Anleihe der neutralen Vereinigten Staaten an die Verbündeten hinauslaufen. Während die Regierung der Vereinigten Staaten zu Anfang des Krieges einer direkten Benutzung des amerikanischen Kapitalmarktes durch die Kriegführenden entgegentrat, da dies mit der Neutralität nicht vereinbar sei, hätte die Regierung ihre Neutralitätspolitik jetzt so modifiziert, daß sie, wenn auch durch Vermittlung der komplizierten Reservebankorganisation, den Verbündeten ihren Staatskredit zur Verfügung stellte. — An Stelle der viel

propagierten Kriegsgewinnsteuer schlägt Bürgermeister Weißenborn=Halberstadt ein

Reichsgesetz über die Nachprüfung der Kriegslieferungsverträge

vor. Der Kriegsgewinnsteuer stehen mancherlei Bedenken entgegen, u. a. würde die Feststellung steuertechnisch brauchbarer Merkmale für den Begriff „Kriegsgewinn“ unmöglich sein. Immerhin ist es aber möglich, auf andere Weise die teilweise schamlos hohen Kriegsgewinne zu reduzieren. Ein großer Teil der besonders hohen Kriegsgewinne ist rechtlich nicht unter den Betrugs= oder Wucherparagraphen zu bringen, daher bedarf es eines besonderen Gesetzes, das eine Nachprüfung der Kriegslieferungsverträge ermöglicht. In diesem Gesetz wären die Merkmale für schamlos hohe Kriegsgewinne anzugeben, von denen gewisse Teile wieder an das Reich zurückzuzahlen wären. Auf diese Weise würde eine Entweihung der Steuer durch unsittliche Gewinne vermieden werden und doch dem Reich ein erheblicher Teil der hohen Gewinne wieder zufließen. — Ueber die

Bewertung der Schiffahrtsaktien

schreibt der Berliner Bösen=Courier (24. April). Die Aktien der deutschen Schiffahrtsgesellschaften sind im Hamburger und Berliner freien Börsenverkehr in letzter Zeit bedeutend im Kurs gestiegen. Die Begründung dieser Kursbewegung wird vielfach bestritten, da sich die Verhältnisse nicht übersehen lassen. Im Kurse drücken sich auch in diesem Falle in starkem Maße Zukunftsaussichten aus. Die Frachtschiffahrt kann, auch wenn nach dem Kriege die wirtschaftliche Entwicklung sehr langsam vor sich gehen sollte, auf gute Erträge rechnen, da der Preis für Frachtdampfer seit Kriegsbeginn um mehr als 50 % gestiegen ist. Anders liegt es natürlich für die Gesellschaften, bei denen der Passagierverkehr eine große Rolle spielt. Verschiedentlich sind Dampfer von deutschen Gesellschaften bereits mit gutem Nutzen veräußert worden. Für die Bewertung der Aktien ist es außerdem von großer Bedeutung, wie die Entschädigungsfrage für verlorengegangene Dampfer geregelt werden wird. Da die deutschen Gesellschaften eine sehr vorsichtige Bilanzierung vorzunehmen pflegen, werden die Entschädigungen den Buchwert meistens übersteigen. Soweit Geschäftsberichte von Schiffahrtsgesellschaften vorligen, betonen sie, daß sie einen Verlust auf ihren Schiffspark nicht befürchten. Die Lage der deutschen Reedereien ist als durchaus günstig zu bezeichnen. — Die Frankfurter Zeitung (4. Mai) bringt eine Betrachtung über

Japans Finanzen

Die Finanzlage Japans begann sich gerade etwas zu bessern, als der europäische Krieg ausbrach, an dem Japan seine Beteiligung für nötig hielt. Durch Herabsetzung der jährlichen Schuldentilgung von 50 auf 30 Millionen Yen und auf andere Weise wurden Ersparnisse gemacht. Diese sind aber durch den Krieg gegen Deutschland längst verbraucht worden. Die Einnahmen, besonders an Zöllen, sanken sehr stark, da der Außenhandel sehr unter dem Kriege litt. Zwar hat Japan ziemliche große Kriegslieferungen für Rußland erhalten, doch wird dadurch das Darniederliegen des regulären Handels nicht wettgemacht. Wie überhaupt die Ausnutzung der durch den europäischen Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Möglichkeiten nur gering ist, da Japan in sehr vielen Artikeln, auf europäische Zufuhr angewiesen ist. Die wenig günstige Finanzlage des Staates spiegelt sich in den Bedingungen wieder, zu denen die Verlängerung der kurzfristigen Staatsanleihe in London stattfand, der Zinsabsatz betrug 5,75 %, der Ausgabekurs 97½ %. Von den fälligen vier Millionen £ wurden nur drei prolongiert, die vierte mußte aus der Goldreserve eingelöst werden. Es wäre für Japans Finanzer sicher vorteilhafter, gewesen, wenn Japan sich nicht am Kriege beteiligt hätte. — In einem Aufsatz der Vossischen Zeitung (20. April) über

die englische Regierung und das Farbstoffprojekt

weist Prof. Dr. H. Großmann darauf hin, daß das erste Projekt der englischen Regierung, eine selbständige Farbenindustrie in England zu schaffen, gescheiert sei. Der neue Plan, der die Errichtung einer regierungsseitig unterstützten Gesellschaft vorsieht, wird von vielen Seiten bekämpft. Im Unterhause wurde er einer heftigen Kritik unterzogen. Vor allem wenden sich aber die Chemiker gegen ihn, da man die Chemiker bei der neuen Gesellschaft von der Leitung ausschalten wollte. Die britische Regierung hat der British Dyes Ltd. einen Vorschuß von einer Million £ gegen 4 %ige hypothekarische Schuldverschreibungen zugesagt unter der Voraussetzung, daß ein gleich hoher Betrag von Aktien gezeichnet wird. Diese Aktien sind jedoch bisher nur zur Hälfte gezeichnet worden. Die Regierung will ferner für fünf Jahre jährlich 10 000 Pfund Sterling zu wissenschaftlichen Unternehmungen zur Verfügung stellen. Die neue Unternehmung soll keine neue Fabrik errichten, sondern zu für die Vorbesitzer günstigen Bedingungen eine bestehende Fabrik übernehmen. Hiergegen, sowie gegen eine Reihe anderer Punkte richtet sich die Kritik mit dem Vorwurf, daß das Projekt schlecht durchdacht sei. Hervorragende chemische Sachverständige wie Sir William Ramsay, prophezeien den völligen Zusammenbruch des Planes. — Im Berliner Tageblatt (29. April) schlägt Dr. Georg Obst ein

Clearing bei überwachten ausländischen Unternehmungen

vor. Die in Deutschland befindlichen ausländischen Filialen und Kommissionsläger stehen unter Geschäftsaufsicht und Zwangsverwaltung. Da diese Firmen im Ausland ihren Sitz haben und der Zahlungsort in vielen Fällen der Ort des Sitzes ist, dürfen deutsche Schuldner keine Zahlungen an die betr. Firmen leisten. Da andererseits die Gläu=

biger der ausländischen Firmen von diesen nicht bezahlt werden können, außerdem der Erlös aus dem Verkauf der Warenlager häufig nicht zur Befriedigung sämtlicher Gläubiger ausreichen, schlägt Dr. Obst vor, eine Aenderung der Vorschriften vorzunehmen, die es ermöglicht, die inländischen Schuldner im Interesse der inländischen Gläubiger solcher ausländischen Unternehmen heranzuziehen und ihre Forderungen zu kompensieren. — Die Resultate einer Umfrage über

Verlängerung während des Krieges fällig gewordener Hypotheken durch die deutschen Hypothekenbanken

bringt das Bank-Archiv (1. Mai). Danach haben die dem Zentralverband für das deutsche Bank- und Bankiergewerbe angehörigen Hypothekenbanken erklärt, daß sie in der Regel nicht auf der Rückzahlung jetzt fällig werdender Hypotheken bestehen. Diese Hypotheken werden entweder kurzfristig oder langfristig verlängert. Die Regel scheint die kurzfristige Verlängerung zu sein, die sich auf sechs Monate bis zu zwei Jahren erstreckt. Die Zinssätze schwanken dabei zwischen 4½ und 5 %, Provisionen werden nicht berechnet. Anders liegen die Verhältnisse bei langfristigen Verlängerungen. Da diese sich im allgemeinen auf 10 Jahre erstrecken, wird in solchen Fällen eine Provision berechnet, zumal durch die Prüfung der Verhältnisse Kosten entstehen. Die Zinssätze bewegen sich zwischen 4½ und 4¾ %, da die Geldbeschaffung für die Hypothekenbanken sich seit Ausbruch des Krieges wesentlich verteuert hat. — Eine Betrachtung der

Wirtschafts- und Finanzlage Italiens

in der Vossischen Zeitung (7. Mai) zeigt, wie stark der Einfluß des Krieges bisher bereits auf die wirtschaftliche Lage Italiens gewesen ist. Die Luxusindustrie und alle mit dem Fremdenverkehr zusammenhängenden Gewerbe liegen danieder, während die Fabrikanten von Kriegsmaterial glänzende Geschäfte machten. Die Arbeiter- und Lohnfrage sowie die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung haben allerdings vielfach die volle Ausnutzung dieser Konjunktur verhindert. Die Zufuhr von Gütern wurde außerdem noch erschwert durch die ungenügende Organisation im Hafen von Genua. Während die Mobilisierung der italienischen Industrie zahlreiche geschulte Kräfte entzog, wurde der Arbeitermarkt durch die Rückkehr der in Deutschland und Frankreich beschäftigten Italiener ungünstig beeinflußt. Die Schwierigkeiten der Lage zeigen sich besonders deutlich in der Steigerung der Staatsausgaben. Bis Ende März betrugen sie rund zwei Milliarden Lire gegen eine Milliarde im Vorjahr. Da gleichzeitig die Einnahmen sich stark verminderten, wurde Beschaffung neuer Mittel erforderlich. Zunächst wurde im Januar eine 4½ % Anleihe von 1 Milliarde Lire zu 97 % emittiert, die nur dadurch voll untergebracht werden konnte, daß die Banken auf Veranlassung der Regierung erhebliche Beträge übernahmen. Außerdem wurde das Notenausgaberecht um ¾ Milliarden Lire erhöht und Staatspapiergeld in Höhe von 175 Millionen Lire ausgegeben. Sollte Italien sich am Kriege beteiligen, dann würden seine Staatsfinanzen infolge der dann notwendigen außerordentlich hohen Ausgaben eine starke Erschütterung erleiden. Die Gefahr wieder in den erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit überwundenen Zustand der Finanzzerrüttung zu geraten, wäre dann sehr groß.

Umschau.

Die Mobilmachung der Volkswirtschaftslehre. Herr Prof. Plenge. Münster, schreibt mir einen Brief, dem ich folgendes entnehme: „Sie haben im Plutus vom 14. dieses Monats einen Aufsatz über Kriegswissenschaft, der mich vom Standpunkt der Wissenschaft aus interessiert, aber, wie ich offen sagen muss, auch etwas enttäuscht hat. Sie weisen mit Recht den Gedanken zurück, dass man gleich einen neuen Lehrstuhl für Kriegswirtschaftslehre gründen soll. Auch ich bin der Meinung, dass dabei nicht viel herauskommen wird und dass es zweckmässiger ist, dass die Erfahrungen der Kriegswirtschaft die allgemeine Darstellung der Volkswirtschaftslehre befruchten und bereichern. Aber, indem Sie alles Gewicht darauf legen, dass die Organisation der Praxis für die Behandlung der Kriegsfrage verbessert wird, und den Fortschritt der wissenschaftlichen Arbeit im akademischen Lehrbetrieb als weniger erheblich hinstellen, leisten Sie denjenigen, die gegen starke Widerstände . . . . für einen zeitgemässen Ausbau unseres volkswirtschaftlichen Unterrichts kämpfen, einen ausserordentlich schlechten Dienst . . . . ohne gut ausgebildeten Nachwuchs haben die besten neuen Behörden, die geschaffen werden können, keine geeigneten Arbeitskräfte. Sie werden mir darum, wie ich hoffe, antworten, dass ich Sie nur missverstanden habe, und dass auch Sie es für eine Lehre des Krieges halten, dass der volkswirtschaftliche Unterricht aufs höchste gesteigert werden muss, und dass Sie nur besondere Lehrstühle für unzweckmässig halten.“ — Ich glaube, dass meine Auffassung über den von Herrn Professor Plenge berührten Gegenstand einen Zweifel gar nicht zulässt. Ich habe ihn wenigstens so oft an dieser Stelle dargelegt, dass ich wohl annehmen darf, es einigermassen verständlich gemacht zu haben. Ich möchte jedenfalls aber, um gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen, Herrn Professor Plenge noch einmal bestätigen, dass die Meinung, die er im Schlusse seines Schreibens ausdrückt, sich durchaus mit meiner Auffassung deckt. Ich habe niemals die ausserordentliche Bedeutung der volkswirtschaftlichen Theorie für unsere Verwaltungspraxis verkannt. Meine Abneigung gegen die Etablierung einer besonderen Kriegswirtschaftslehre stammt ja zu einem grossen Teil gerade daher, dass ich meine, die Lehren des Krieges für die gesamte volkswirtschaftliche Theorie seien so ausserordentlich gross, dass jede Ablenkung dieser Lehren in das Bassin eines besonderen Faches der allgemeinen volkswirschaftlichen Theorie ein befruchtendes Element entziehen müsste, von dem sie den allergrössten Nutzen

haben kann. Ich stimme vollkommen mit der Auffassung überein, die Herr Professor Plenge in seiner Schrift „Der Krieg und die Volkswirtschaft", S. 145, niedergelegt hat: „Der Krieg hat endlich allen gezeigt, dass wir eine ihrer Verantwortung bewusste, gegen sich selbst rücksichtslos kritische volkswirtschaftliche Wissenschaft mit hochausgebautem Arbeitsapparat brauchen, die für die Bedürfnisse der eigenen Zeit die immer neugestaltete Grundsituation jeder neuen volkswirtschaftlichen Gegenwart zusammenfasst und dadurch nicht nur das miterlebende Verständnis dessen, was um uns geschieht, jederzeit möglich macht, sondern auch die sicheren Unterlagen für eine tiefgreifende Organisationsarbeit gibt, wenn solche Aufgaben wie die in der Kriegsverwaltung an uns herantreten. Das für die Zukunft durchzusetzen, ist Sache der akademischen Nationalökonomie und — des Kultusministeriums." Gerade Herr Prof. Plenge hat ja von jeher sich bemüht, den wirtschaftlichen Unterricht in einer Weise auszugestalten, die es in gleicher Weise ermöglicht, sowohl der Praxis einen grösseren Einfluss auf die Wissenschaft als andererseits auch der Wissenschaft einen grösseren Einfluss auf die Praxis zu eröffnen. In der Chronik der Westfälischen Wilhelms-Universität hat er vor einiger Zeit in einem „Bericht über die Neuordnung des Staatswissenschaftlichen Seminars im Winter 1913" über die Reorganisation des volkswirtschaflichen Unterrichts an der Universität Münster sehr interessante Angaben gemacht und dabei gleichzeitig dankbar der Bemühungen des Universitätskurators und des Kultusministeriums gedacht, durch die ihm jene Umgestaltung wesentlich erleichtert worden ist. Nun scheint ja inzwischen das preussische Kultusministerium von seiner Freigebigkeit etwas zurückgekommen zu sein. Durch die Zeitungen ging vor einigen Tagen ein vom 28. April d. J. datierter Anschlag am schwarzen Brett, den Herr Prof. Plenge verfasst hat. Er lautete folgendermassen: „Da mein dringender Antrag, im Interesse der volkswirtschaftlichen Ausbildung in dieser Zeit des Wirtschaftskrieges dem Seminar für Volkswirtschaft und Verwaltung auch weiterhin, wie in den letzten Semestern, 600 ℳ für einen Assistenten zur Verfügung zu stellen, von seiten des Kultusministeriums ohne Antwort gelassen ist, ohne einen Assistenten aber weder der ordnungsmässige Fortbetrieb des Seminars noch die Zeit und Kraft erfordernde Vorbereitung regelmässiger kriegswirtschaftlicher Vorlesungen und Uebungen möglich ist, bin ich zu meinem schmerzlichen Bedauern genötigt, meine angekündigte Vorlesung „Der Krieg und die Volkswirtschaft" und die angekündigte Uebung „Zeitungspraktikum über Geldmarkt, Konjunktur und Entwicklung der Volkswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Folgen des Krieges" ausfallen zu lassen." Ich will hoffen, dass es sich bei dieser Unterlassung des Kultusministeriums lediglich um das Ergebnis der durch den Krieg notwendig gewordenen langsameren Erledigung der Geschäfte handelt. Sehr bedauerlich wäre es, wenn etwa wirklich die Streichung des geringen Gehaltes für den volkswirtschaftlichen Assistenten aus „Sparsamkeitsgründen" erfolgt wäre. Man kann durchaus begreifen, dass unsere Zivilbehörden in Kriegszeiten sich einer möglichst weitgehenden Sparsamkeit befleissigen wollen. Aber eine derartige Einschränkung der Mittel für den volkswirtschaftlichen Unterricht würde Sparsamkeit an falscher Stelle bedeuten. In der Tat hat Herr Prof. Plenge mit seiner Forderung, dass gerade augenblicklich die Vorbereitungen für eine möglichst zeitgemässe Ausgestaltung des volkswirtschaftlichen Unterrichts getroffen werden müssten, durchaus recht. Wenn man die Massnahmen praktischer Organisation durchführen will, die ich neulich angeregt habe und die wahrscheinlich von den meisten einsichtigen Leuten augenblicklich für notwendig gehalten wird, ist selbstverständliche Voraussetzung dafür, dass unser Beamtennachwuchs, aber auch diejenigen Kräfte aus Handel und Industrie, volkswirtschaftlich besonders tüchtig vorgebildet werden, die berufen sein sollen, als wirtschaftliche Sachverständige unsere Kriegführung in Zukunft vorzubereiten.

Bilanz ohne Inventar. Im Geschäftsbericht der C. Lorenz A.-G. Telephon- und Telegraphenwerke, Eisenbahnsignalbauanstalt zu Berlin, befinden sich diesmal die folgenden Sätze: „Von einer Aufnahme der Lagerbestände mussten wir im Jahre 1914 Abstand nehmen, da wir mit Rücksicht auf unsere Lieferungsverpflichtungen eine Unterbrechung des Betriebes nicht eintreten lassen durften. Das Fabrikationskonto und das Rohmaterialkonto haben wir in der Bilanz mit den vorjährigen Werten eingesetzt, nachdem wir uns durch Teilaufnahmen von einem Mehrwert dieser Bestände überzeugt hatten." — Wie ein Vergleich der Ziffern der Bilanz über das Geschäftsjahr 1913/14 mit den Ziffern der vorausgegangenen Bilanz ergibt, sind die im Geschäftsbericht zitierten Sätze so zu verstehen, dass genau die gleichen Zahlen wie für 1913 auch für das Jahr 1914 auf dem Fabrikationskonto und auf dem Rohmaterialienkonto in die Bilanz eingestellt wurden. Es handelt sich ganz offensichtlich, wie ja auch die Gesellschaft selbst sagt, im Effekt dieser Manipulation um eine Gewinnversteckung. Die Gesellschaft, die ihre Dividende von 20 auf 25% und den besonderen Bonus, den sie diesmal wie auch schon im vorigen Jahr verteilt, von 5 auf $7^1/_2$% erhöht hat, dokumentiert in der ganzen übrigen Bilanz ebenfalls diesen Hang zur Gewinnverbergung. Fast alle Sachkonten, die teilweise recht wertvoll sein dürften, sind auf das denkbar geringste Mass herabgeschrieben, und sie hat nun eine neue Möglichkeit zur Bildung stiller Reserven in der niedrigeren Bewertung des Fabrikations- und des Rohmaterialkontos gesehen. Ich will hier nicht darüber rechten, ob diese Verbergung klug oder ob sie richtig ist. Mich interessiert lediglich die Frage, ob das Verfahren, das die Lorenz-Gesellschaft eingeschlagen hat, den Forderungen des Gesetzes entspricht. Das muss aber meines Erachtens auf das entschiedenste verneint werden. Der Gesellschaft hat anscheinend die Bestimmung des dritten Absatzes des § 39 des Handelsgesetzbuches vorgeschwebt, in dem es folgendermassen heisst: „Hat der Kaufmann ein Warenlager, bei dem nach der Beschaffenheit des Geschäftes die Aufnahme des Inventars nicht füglich in jedem Jahr geschehen kann, so genügt es, wenn sie alle zwei Jahre erfolgt. Die Verpflichtung zur jährlichen Aufstellung der Bilanz wird hierdurch nicht berührt." Es fragt sich zunächst, wie die Worte „nach der Beschaffenheit des Geschäftes" auszulegen sind. Man denkt dabei zunächst daran, dass die Waren, die der betreffende Kaufmann herstellt oder mit denen er handelt, aus irgendeinem Grunde

keine jährliche Inventarisierung vertragen. Aber man kann sehr wohl zugeben, dass diese Worte auch auf solche Fälle anwendbar sind, in denen das Geschäft eines Jahres unabhängig von der Art der Warenbestände derart beschaffen ist, dass eine Inventur nicht möglich ist. Wir wollen im Kriegsjahre auch durchaus nicht bureaukratisch verfahren und einer Gesellschaft, die, so wie die Lorenz-A.-G., im Dienste unseres Heeres tätig ist, ohne weiteres zugestehen, dass sie ohne Schaden für die Erfüllung ihrer Lieferungsverpflichtungen ans Heer und an die Marine nicht in der Lage ist, ihren Betrieb so lange zu unterbrechen, wie dies zur Aufnahme des Lagerbestandes notwendig wäre. Aber das alles berührt die Tatfrage gar nicht, um die es sich hier handelt. Ist denn eigentlich die Folge der Nichtaufnahme des Inventars, dass man einfach dieselbe Summe, wie im Jahre vorher, als Wertansatz einstellen muss? Durchaus nicht, man muss das nicht nur nicht, sondern man darf es sogar gar nicht. Man stelle sich doch einmal den Fall vor, dass ein Kaufmann im Laufe eines Jahres seinen Warenbestand gegen das Vorjahr erheblich verringert hat, indem er grosse Mengen seiner Waren verkaufte. Er hat bei diesem Verkauf natürlich einen erheblichen Gewinn gemacht, der in einer Vermehrung seines Kassabestandes zum Ausdruck kommt. Würde dieser Kaufmann nun, weil er sich für berechtigt hält, aus irgendeinem Grunde keine neue Inventur zu machen, seine Vermögensgegenstände derart aufnehmen, dass er die gleiche Ziffer wie im vorigen Jahr als Wert seines Warenbestandes einsetzt, würde der Erfolg natürlich sein, dass er einen unzulässig hohen Gewinn ausweist. Deshalb kann der Gesetzgeber an ein solches Verfahren niemals gedacht haben. Andererseits würde sich den umgekehrten Fall, dass nämlich der Kaufmann, der seinen Warenbestand erheblich vermehrt, dadurch seinen baren Kassebestand vermindert hat, trotzdem die gleiche Wertziffer wie im Vorjahre einsetzt, die Steuerbehörde sicherlich nicht gefallen lassen. Wenn wir uns vorstellen, dass ein Kaufmann, was ja an sich durchaus zulässig ist, in den primitivsten Formen der sogenannten einfachen Buchführung seine Geschäftsvorfälle verbucht, und wenn er gar keine Nebenbücher führt, so ist eine ordnungsmässige Bilanz überhaupt niemals ohne Aufnahme des Inventars zulässig. In einem solchen Fall gilt die Vergünstigung des § 39 Abs. 3 überhaupt nicht. Denn das Reichsgericht hat in seiner neusten Entscheidung im Jahre 1911 klipp und klar entschieden, dass die Inventarisierung des Warenlagers in jedem Jahr dann vorgenommen werden muss, wenn eine Bilanzierung ohne eine solche Inventarisierung nicht möglich ist. Nun handelt es sich ja bei den meisten Kaufleuten und besonders bei einer Aktiengesellschaft gar nicht darum, dass die Bilanzierung ohne Inventarisierung unmöglich wird. Ueberall da, wo nach den Grundsätzen der üblichen Buchführung und besonders aber nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung die Bücher geführt werden, ist sehr wohl eine Bilanzierung, ohne die Inventarisierung der Warenbestände möglich. Eine Inventur der Warenbestände muss freilich auch dann vorgenommen werden, denn dieses ist für den Abschluss der Bücher unbedingt notwendig. Es fragt sich nur, nach welchen Grundsätzen diese Vornahme geschieht. In jedem Fabrikationsgeschäft werden neben den Büchern, die das Buchführungssystem an sich vorschreibt, und die eine Rechnung über Wertziffern enthalten, auch noch sogenannte Skontri geführt, die eine Mengenübersicht bieten. Es existieren selbstverständlich auch bei der Lorenzaktiengesellschaft Bücher, in denen die Rohmaterialien ihrer Art und Menge nach verzeichnet sind und in denen selbstverständlich auch Grundlagen für die Schätzung des Fabrikationskontos gegeben sein werden, in dem die auf Lager liegenden fabrizierten Waren dem betreffenden Mengenkonto zugeschrieben, die vom Lager expedierten Waren abgeschrieben werden. Der Saldo all dieser Bücher ermöglich für die Rohmaterialien, für die Halbfabrikate und für die Lager der Waren eine rein buchmässige Bestandaufnahme. Es handelt sich gewissermassen um einen Sollbestand. Der Istbestand gegenüber diesem Sollbestand ist natürlich nur durch die tatsächliche Aufnahme jedes Stückes des Lagers festzustellen. Erst diese Bestandsaufnahme in natura garantiert die Richtigkeit der Bestandmengen und eine der Hauptaufgaben der Inventaraufnahmen ist es ja gegenüber dem buchmäßigen Bestand Kontrolle zu üben. Nur durch solche Gegenüberstellung von Ist- und Sollbestand lassen sich Fehler in der Lagerbuchführung, Diebstähle und Verluste aus sonst irgendwelchen Gründen feststellen. Ist in irgendeinem Jahre die Herstellung einer solchen Istaufnahme nicht möglich, so wird natürlich ein wirklich genauer Wert eines Warenlagers nicht herzustellen sein. Eine Bilanz, die ohne Inventarisierung des Lagerbestandes hergestellt ist, kann daher auf unbedingte Genauigkeit keinen Anspruch machen. Aber was man zum mindesten verlangen muß, ist, dass der Sollmengenbestand der Lagerbuchführung zur Grundlage der Bewertung der einzelnen in Frage kommenden Bilanzkonten gemacht werde. Stellt man jedoch, wie es die Lorenzgesellschaft getan hat, einfach den vorjährigen Bestand wieder ein, so hat man Werte aus der Luft aufgefangen und sie zur Grundlage einer Bilanz gemacht, was schon für jeden gewöhnlichen Kaufmann nicht nur dem Geiste, sondern auch den Buchstaben des Gesetzes ins Gesicht schlagen würde. Viel mehr aber ist das noch der Fall bei einer Aktiengesellschaft, die ja besonders peinlich bilanzieren soll. Die Lorenzgesellschaft mag Gewinne verstecken so viel wie sie will. Das soll sie mit ihren Aktionären ausmachen, aber sie muß für diese Verbergung von Gewinnen wenigstens Formen wählen, die mit dem Handelsgesetzbuche in Einklang zu bringen sind.

ce. **England an der Arbeit.** Im Allgemeen Handelsblad vom 17. April befindet sich folgendes Inserat in holländischer Sprache:

Diese Anzeige erscheint nur einmal.

The Anglo-Holland Journal of Commerce, No. 3 Stadhouderslaan, Den Haag, verantwortlicher Redakteur Herr D. Dronkers, sucht tüchtige Mitarbeiter für eine Artikelreihe unter dem Titel:

— — „Made in Germany“ — —

Stilproben in h. (holländischer), f. (französischer), d. (deutscher) oder englischer Sprache mit Honorarforderung werden gern angenommen.

Eine wahre Geschichte. Aus dem Tagebuch eines Handlungsreisenden:

Der Blinde betastete die Schraube und antwortete auf meine Offerte: „Das ist nichts für mich. Das Gewinde ist weniger scharf — die Schraube ist nicht vollständig gerade — der Einschnitt im Kopf ist nicht tief und rechtwinklich — die Spitze ist nicht scharf genug."

„Ich bin überzeugt," sagte ich, „dass Sie, wenn ich eine englische Schraube daneben lege, mir nicht sagen können, welche von beiden die deutsche ist."

Auf seinen Wunsch mischte ich eine ziemliche Menge deutscher und englischer Schrauben, und die Probe glückte glänzend: Der blinde Schmied suchte — nur auf seinen Tastsinn angewiesen — alle deutschen Schrauben heraus.

*

Die scheinbar billigeren Preise werden immer durch minderwertige Qualität und schlechtere Arbeit eingebüsst. Die Lebensdauer eines englischen Schnitzmessers z. B. zählt man nach Jahren, während das deutsche Schnitzmesser entweder zu weich oder zu hart ist (nicht vollkommen), und nach ein paar Malen seine Schärfe verliert.

Um ja nur die billigsten zu sein, sparen sie an allem auf Kosten der Güte des Artikels und zum Schaden des unwissenden Publikums. Mit dem billigen Schund (rubbish) können die Engländer nicht konkurrieren, dagegen sind gute deutsche Waren häufig teurer als die englischen gleicher Qualität.

Irische und schottische Tweeds, irisches Leinen, Glasgow-Zephir, Papierwaren aus Edinburg, australische Hölzer, englischer Anthracit, Stahlwaren aus Sheffield, landwirtschaftliche Maschinen der Firma Wallace zu Glasgow, Mc Laren zu Leeds usw. usw., die soliden Stiefel von Leeds, Bristol, Stafford, Northampton, die Damen- und Kinderschuhe von Leicester, englische Anker und Ketten, englische Möbel, englische Garne, Nadeln, Schiffe, Wolle und Sayette, Teppiche, Sportartikel, Lederwaren, Tapeten, englischer Tee, Biscuits, Zuckerwaren, englische Tinten, Kamine, Fahrräder, Betten, englisches Ale und Stout, dies alles sind englische Industrieprodukte (die leicht noch erheblich vermehrt werden könnten), die schon durch ihre Qualität allein einen weltberühmten, unzerstörbaren Ruf bekommen haben.

The Anglo-Holland Journal of Commerce ist das offizielle Organ der Anglo-Holland Merchant Traders' Association & Publishing Comp. Limited, deren Mitgliedsbeitrag jährlich fl. 36,— beträgt. In unsere Exportzeitschrift werden keine Anzeigen aufgenommen, die Namen der Mitglieder werden nirgends veröffentlicht, sondern die Abschriften der Briefe, die wir infolge unserer Angebot- und Nachfrageliste erhalten (diese Liste wird in vielen grossen Zeitungen Englands und Hollands publiziert), werden den Firmen zugesandt, für die sie von Interesse sein können.

The Anglo-Holland Journal of Commerce erscheint 14tägig in einer Auflage von 10 000 Exemplaren und wird durch fast alle Mitglieder der englischen Handelskammern gelesen. Einzelne Nummern sind nicht erhältlich.

Wir beabsichtigen eine dauernde Ausstellung einzurichten, sowohl in London als im Haag, von englischen und holländischen Industrieerzeugnissen. Unsere Reisenden besuchen alle einigermassen bedeutenden Plätze und liefern den Interessenten somit fortwährend Muster und Preise.

Auf Anfrage werden die Bedingungen und das Reglement für die Mitgliedschaft, sowie Beitrittsschein, gratis und franko zugesandt ohne irgendwelche Verpflichtung für den Anfragenden.

Mitglieder können während der Englischen Industrie-Messe (British Industries Fair) vom 10. bis 22. Mai 1915 unsere Londoner Niederlassung kostenlos benutzen und dort Besprechungen mit unseren holländischen und englischen Vertretern abhalten.

Firmen, die echt englische Artikel verkaufen und beziehen oder die garantiert holländische Waren in England auf den Markt bringen wollen, können auf schriftliche Anfrage Auskünfte und Adresse kostenlos erhalten von: The Anglo-Holland Merchant Traders' Association & Publishing Comp. Limited, Stadhouderslaan 3, Den Haag, und Cromwell House, Holborn, London W. C. bei deutlicher Angabe der gesuchten oder angebotenen Waren und Aufgabe von Referenzen.

* * *

Diese Anzeige ist in mehr als einer Hinsicht ein Dokument englischer Arbeits- und Kampfesweise. Der trockene Inhalt des „Journal of Commerce" soll gewürzt werden durch eine Reihe pikanter Erzählungen unter dem schönen Titel „Made in Germany". Dazu sind Mitarbeiter erwünscht, die ihre Beiträge ruhig auch in deutscher Sprache einsenden dürfen. Allerdings geht die Unverfrorenheit des Blattes nicht so weit, diese freundliche Aufforderung ganz unverhüllt zu erlassen. Ein schüchternes „d" muss andeuten, dass auch deutsche Berichte (aber hoffentlich doch keine, die „made in Germany" sind) angenommen werden. Reizend ist die rührsame Probegeschichte vom blinden Schmied und den deutschen Schrauben. Sie wird hoffentlich die Holländer nicht nur zu Tränen rühren sondern sie auch veranlassen, in Zukunft nur noch englische Schrauben zu beziehen. Wenn die Redaktion des „Journal of Commerce" geschickt ist, kann sie durch weitere geschmackvolle Kombinationen von Blindheit, Taubheit, Lähmung, Herzfehlern und Warenkenntnis Deutschland den holländischen Markt vollständig abspenstig machen. Wie gut diese englische Auslandpropaganda aufeinander eingefuchst ist, zeigt sich daraus, dass am Tage vorher im Handelsblad eine Einladung zur „Leipziger Messe" in London (British Industries Fair) veröffentlicht worden war, die vom britischen Konsulat in Amsterdam ausging. Auf diese Messe wird auch in der vorliegenden Anzeige Bezug genommen. Es bleibt abzuwarten, ob die Versuche, die Leipziger Messe nach London oder Paris oder nach beiden Städten zu verlegen, Erfolg haben werden. Immerhin zeigen diese Versuche wieder einmal, wie sehr die Engländer an der Arbeit sind, sich auf den verschärften Wettkampf nach dem Friedensschluss schon jetzt vorzubereiten. Wir werden uns deshalb in Deutschland nicht darauf be-

schränken dürfen, über derartige Auswüchse und Unverschämtheiten zu lachen. Die Propaganda für unsere Exportartikel muss bereits jetzt einsetzen, und zwar in grosszügiger Weise, selbst wenn sie in jedem der zu bearbeitenden Länder einige Zehntausend Mark kostet, ohne dass sofort ein Erfolg zu sehen ist. Die Propaganda muss aber ähnlich zielbewusst und einheitlich vor sich gehen, wie die unserer englischen „Vettern" in Holland. Es darf nicht wieder geschehen, dass wahllos das neutrale Ausland mit deutschen Druckschriften bombardiert wird wie zu Zeiten der jetzt glücklicherweise aufgegebenen „Aufklärung". In allen diesen Ländern wird die ernste Arbeit landeskundiger Männer notwendig sein, um den Bemühungen unserer Feinde mit Erfolg entgegenzuarbeiten.

Amerikanisches Akzept. Man schreibt mir: „Neben den zahlreichen Kriegsschauplätzen, auf denen England in seinem Hass und in seiner Verblendung gegen Deutschland und dessen Verbündete kämpft, ist einer vorhanden, von dem niemals die Rede ist, obwohl England auf ihm sehr empfindliche Niederlagen erlitten hat. Diese Erscheinung ist auffallend und um so bemerkenswerter, als die Niederlagen unverhofft in unbewusstem und jedenfalls ungewolltem Kampfe mit einem Neutralen davongetragen wurden, und als sie andererseits die kommerzielle Zukunft Grossbritanniens auf einem sehr wichtigen Gebiete recht erheblich beeinflussen können. Es ist bekannt, das England von jeher der Mittelpunkt des überseeischen Verkehrs gewesen ist und in Zusammenhang damit im internationalen Remboursgeschäft eine überragende Stellung eingenommen hat. In dem Masse, in dem andere handeltreibende Staaten in die Höhe kamen, hätte die Bedeutung Londons als Remboursplatz der ganzen Welt logischerweise sinken müssen. Freilich muss anerkannt werden, dass die Konzentration des überseeischen Remboursgeschäfts in London durch eine Reihe von Faktoren bedeutend erleichtert wurde. Zunächst ist es ja an sich natürlich, dass in Ländern, in denen der englische Einfluss vorherrschend ist, also namentlich in den englischen Kolonien, der Londoner Rembours als gegeben erscheint. Auch hat zu der offensichtlichen Bevorzugung des englischen Marktes auf diesem Gebiete sicherlich der Umstand nicht wenig beigetragen, dass es in London eine Anzahl höchst kapitalkräftiger Bankfirmen gibt, die sich dem Akzeptgeschäft vornehmlich, wenn nicht ausschliesslich, widmen. (Dass jene Londoner Häuser fast ausnahmslos deutsche Namen haben, sei hier in Paranthese der Vollständigkeit halber zugefügt.) Was in dritter Linie der unbestrittenen Vorherrschaft Londons im internationalen Akzeptgeschäft Vorschub geleistet hat, ist der Umstand, dass die in Uebersee vertretenen englischen Banken es sich stets angelegen sein lassen, im fernen Lande der Pfund-Devise die Bahn zu ebnen, was sowohl in politischer als auch in kommerzieller Hinsicht seine Früchte trägt. Für den Verschiffer, der sich für seine Ware weisungsgemäss auf London zu erholen hat, ist die Tatsache der schlanken Negozierbarkeit der von ihm auszustellenden Pfundwechsel von höchster Bedeutung. Denn leichte Negozierbarkeit ist mehr oder weniger identisch mit einer gewissen Stabilität des Wechselkurses, was für den seinen Nutzen berechnenden Exporteur offenbar von besonderer Wichtigkeit ist. In diese Londoner Vormachtstellung hat nun der Weltkrieg plötzlich eine Bresche geschlagen. Die Lage des englischen Geldmarkts, die täglich neuen Schwierigkeiten, gegen die die City anzukämpfen hat, nicht zuletzt wohl auch das Misstrauen gegen die Akzepthäuser deutschen Namens: alle diese Faktoren haben dazu beigetragen, den Beteiligten eine starke Herabminderung ihres in Umlauf befindlichen Akzepts wünschenswert zu machen. Die nächste Folge davon war, dass Kredite, die seit Jahrzehnten in Ehren bestanden haben, erstklassigen überseeischen Firmen unter höflichen Ausflüchten gekündigt wurden. Diese Kündigungen hatten ihrerseits die Konsequenz, dass die so unsanft behandelten Häuser sich nach neuen Verbindungen umsahen, die ihre Bereitwilligkeit erklärten, zu den von London bisher getätigten Bedingungen unter Akzept zu treten. Sie brauchten nicht suchen, denn zahlreiche New Yorker Firmen, Banken sowohl wie Bankhäuser, waren nur zu geneigt, die Geschäfte zu übernehmen, die London unter dem harten Druck der Verhältnisse ablehnen musste. Seitdem ist das internationale Remboursgeschäft, erst langsam und tastend, dann entschlossen und beinahe in stürmischem Tempo, über den Atlantic gewandert. Namentlich die grossen Exporthäuser Südamerikas und Kanadas haben für ihre legitimen Kreditansprüche in New York das grösste Verständnis gefunden. Man ist ihnen um so mehr entgegengekommen, als die Vereinigten Staaten die Länder des amerikanischen Kontinents in leicht verständlichen panamerikanischen Tendenzen als die ihnen zukommende Einflusssphäre betrachten. Aber auch vom europäischen Festlande sind beträchtliche Kredite von London nach New York verlegt worden. Um welche Summen es sich hierbei handelt, ist schwer festzustellen. Doch liegen bestimmte Anzeichen dafür vor, dass auf diese Weise sehr erhebliche Beträge, die mit 250 Millionen Dollars wohl eher zu niedrig geschätzt sind, zur Trassierung gelangten. Es mag wohl sein, dass sich diese oder jene unter dem Druck der Ereignisse zustande gekommene Geschäftsverbindung nach dem Kriege wieder in Wohlgefallen auflösen wird. Für die überwiegende Mehrzahl aber wird dieser Revenir à ses premiers amours nicht zutreffen. Wie wäre es auch möglich? Die bisherige Dauer des Krieges ist bereits lang genug, um die Versuche, die im Herbst als ein Experiment unternommen wurden, als geglückt erkennen zu lassen. Und da der Handel im Grunde nun einmal konservativ ist, so wird er denen treu bleiben, die sich ihm in schweren Zeiten spontan zur Verfügung gestellt haben. Zu dieser ersten kommt die zweite Erwägung, dass das aus seiner splendid isolation freiwillig herausgetretene Grossbritannien über kurz oder lang wieder in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen werden kann. Die üble Erfahrung, die der überseeische Handel dieses Mal mit der City gemacht hat, müsste sich dann notwendigerweise wiederholen. Um das „unrivalled centre" des Geldmarkts der Welt zu sein, hätte sich Grossbritannien aus der kontinentalen Politik mit ihren gefährlichen Zufälligkeiten zuvor planmässig wieder auszuschalten. Die Aussichten dazu dürften gering sein: wenn es auch wollte, so könnte es nicht mehr zurück. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, hat England den Kampf um das Ueberseeakzept gegen die Vereinigten Staaten verloren. Das wird selbst von Engländern, z. B. vom „Economist" offen zugegeben."

Richtigstellung: Herr Direktor Mager von der Zentralkasse der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften schreibt mir: „Auf Seite 170 des Heftes 16/17 des Plutus teilen Sie mit: „Direktor Moll scheidet aus dem Vorstand der Zentralkasse der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, e. G. m. b. H, Darmstadt, die unter Geschäftsaufsicht gestellt wird." Ich gestatte mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass Sie offenbar die von mir geleitete Zentralkasse der hess. landw. Genossenschaften, e. G. m. b. H., zu Darmstadt mit ihrer Vorgängerin, der Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank zu Darmstadt, verwechselt haben. Bis zum Erscheinen der nächsten, spätestens der übernächsten Nummer des Plutus hoffe ich, Ihnen den Geschäftsbericht der Zentralkasse für 1914 zustellen zu können, der Ihnen beweisen wird, dass die hier mindestens halbtotgesagte Zentralkasse erfreulicherweise ganz kräftige Lebensäusserungen zeigt. Ich darf Ihnen im voraus sagen, dass der Zentralkasse heute 341 hessische Genossenschaften angeschlossen sind. Der Umsatz in 1914 stellt sich auf rund 209 Millionen ℳ; die Bilanzsumme auf 7 300 000 ℳ, der Reingewinn auf 53 000 ℳ. An Kriegsanleihe 1915 haben die unserer Zentralkasse angeschlossenen Genossenschaften über 8 Millionen ℳ gezeichnet. Die Zeichnung der Zentralkasse beträgt rund 800 000 ℳ. Das hessische landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hat also durch die Zentralkasse 9 Millionen ℳ Kriegsanleihe gezeichnet, während die Gesamtzeichnung sicher auf 10 Millionen ℳ geschätzt werden muss."

Gedanken über den Geldmarkt.

Ruhig und fast programmässig wickeln sich die Ereignisse am Geldmarkt jetzt während des Frühjahrsquartals ab. So folgerichtig die Erscheinung des monetären Kreislaufs, wie wir ihn heute beobachten, bei unseren gefestigten Verhältnissen und in unserem beinahe isolierten Wirtschaftsgebiete sich darstellt, so erregt es doch immer wieder Interesse, zu sehen, wie prompt und mühelos die Kapitalkräfte der Nation, die sich auch zum zweiten Male den Bedürfnissen des Reiches zur Verfügung gestellt haben, in die Kanäle der Allgemeinheit zurückkehren, um ihr befruchtendes Werk für die Wirtschafts- und Wehrkraft von neuem zu tun. 6900 Mill. ℳ, also fast 7 Milliarden, sind auf die zweite Kriegsanleihe bis Ende April zur Einzahlung gelangt, wovon nur etwa 490 Mill. ℳ durch das Instrument der Darlehnskasse aufgebracht wurden. Wahrlich eine Riesenleistung, nach der man eine Erschöpfung der verfügbaren freien Mittel am offenen Markte hätte erwarten müssen. Aber weit gefehlt, der Geldmarkt hat die erste Versteifung, die sich Anfang April mit dem Beginn der Einzahlungen kundgab, längst überwunden, und die Sätze haben bereits wieder einen Stand erreicht, der das normale Mass dieser Jahreszeit nicht übersteigt.

Gewiss ist ein bedeutender Teil dieser Einzahlungen seitens der grossen Anlagestellen des Landes durch Uebernahme kurzfristiger Schatzanweisungen des Reiches vorweg geleistet gewesen — man wird hier den Betrag von 3 Milliarden als nicht zu hoch geschätzt betrachten dürfen —, man muss aber berücksichtigen, dass in dieser kurzfristigen Anlage die eigentlichen Reserven des Marktes ruhten, da das private Akzept mit der Einschränkung des Kreditverkehrs im Warenhandel stark an Umfang abgenommen hat. Ausser dieser Leistung durch die früher übernommenen Schatzwechsel müssen aber noch 3 bis 4 Milliarden aufgebracht sein, und es zeugt von einer ausserordentlichen Kapitalkraft, dass diese gezahlt werden konnten Hand in Hand mit einer fortschreitenden Verbilligung der Zinssätze. Natürlich ist diese Erscheinung nur möglich, wenn das Reich, wie es jetzt der Fall ist, als stärkster Konsument auf allen Gebieten und in schnellster Wechselwirkung dem Verkehr die Kapitalien wieder zuführt. Einen gewissen Druck auf die Zinssätze muss auch die steigende Tendenz des Umlaufs papierner Zahlungsmittel ausüben, wie sie der wachsende Umfang der Heere und die Kriegswirtschaft überhaupt nun einmal mit sich bringt. Zwar vollzieht sich dieser Prozess bei uns unendlich viel langsamer als bei unseren Feinden, obgleich wir noch grosse Teile der besetzten Gebiete mit unseren Zahlungsmitteln versorgen müssen, aber man darf diese Erscheinung nicht übergehen, will man zu einer richtigen Einschätzung der flüssigen Tendenz des Geldmarktes kommen.

Die Rückbildung der Sätze am Berliner Markt ist nach dem Ultimo weiter flott vorangegangen. Tägliches Geld wird nur noch mit ca. 3% bezahlt, während der Privatdiskont auf etwa $3^3/_4$% für gutes Papier gesunken ist. Auf dem letzteren Gebiet ist mit der kritischen Zuspitzung der Beziehungen zu Italien eine stärkere Zurückhaltung der Diskonteure eingetreten, die aber bei dem regen Wechselbedarf nicht von langer Dauer sein dürfte. Eine stärkere Ermässigung des Privatdiskonts ist allerdings insofern nicht wahrscheinlich, als die Seehandlung und andere Staatsstellen dauernd mit Schatzscheinangeboten am Markte sind, die ihren Eindruck auf die Entwicklung des Privatsatzes nicht verfehlen können.

Am Devisenmarkt ist nach den grossen Schwankungen der vorangegangenen Wochen ein gewisser Ruhezustand eingetreten, wobei eine Neigung des Kursniveaus nach unten unverkennbar ist; der letztere Umstand wird teilweise damit in Zusammenhang gebracht, dass die Einfuhr von teuren Viehfuttersurrogaten aus dem Auslande jetzt mit dem Herannahen der Weidezeit in der Abnahme begriffen ist. Von Einzelheiten interessiert im Hinblick auf das anscheinend bevorstehende Eingreifen des Landes in den Weltkrieg die Kursgestaltung der Devise Italien. Diese ist sowohl auf dem Weltmarkt wie bei uns rückgängig gewesen, da die Geschäftswelt der neutralen Länder und natürlich auch die deutsche zur Zurückziehung von Guthaben schritt. Namentlich von der Schweiz aus war die Lire-Valuta stärker angeboten, obgleich Schweizer Blätter für den Fall der Kriegsbeteiligung Italiens grössere Goldrimessen der Banque de France nach Rom ankündigten. Ja man wollte sogar wissen, dass diese Remittierungen bereits begonnen hätten, und brachte die Goldverluste in den letzten Ausweisen des französischen Institutes hiermit in Verbindung. — Gut behauptet lag in der letzten Zeit die Devise Oesterreich-Ungarn. Man bringt in Wien diese Erscheinung damit in Zusammenhang, dass vor der Emission der neuen österreichisch-ungarischen Kriegsanleihen, die demnächst beginnt, durch die Postsparkasse zur Tilgung schwebender Verbindlichkeiten in Deutschland wieder ein Darlehen von einigen hundert Millionen Mark aufgenommen werden soll.

Justus.

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Mittwoch, 12. Mai $2^{5}/_{8}$ %	*G.V.:* Akt.-Ges. f. Anilinfabrikation, Bröhlthaler Eisenbahn-Ges., Döhring & Lehrmann Akt.-Ges., C. Lorenz Akt.-Ges., Berliner Hotel-Ges., Aktien-Bauverein Passage.
Donnerstag, 13. Mai $2^{3}/_{4}$ %	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Himmelfahrtstag.
Freitag, 14. Mai $2^{3}/_{4}$ %	*G.-V.:* J. A. John Akt.-Ges., Metallhütte Duisburg, Fahrzeugfabrik Eisenach, Anglo-Continentale Guano-Werke.
Sonnabend, 15. Mai $2^{3}/_{4}$ %	Bankausweis New-York. — *G.-V.:* Deutsche Kaliwerke, Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer, Höchster Farbwerke Meister Lucius & Brüning, Gehe & Co. Akt.-Ges., Badische Anilin- u. Sodafabrik, Ver. Elbeschiffahrts-Ges., Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt-Ges., Gesellschaft f. Elektrische Unternehmungen, Duxer Porzellanmanufactur. — Schluss der Umtauschfrist Aktien Frankfurter Gütereisenbahn, Einreichungsfrist Gelsenkirchener Gussstahlwerke.
Montag, 17. Mai $2^{5}/_{8}$ %	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Landbank Berlin, Bensberg-Gladbacher Bergwerke Berzelius Gebr. Böhler, Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat, Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Ver. Smyrna-Teppichfabriken. — Schluss der Einreichungsfrist Nienburger Eisengiesserei u. Maschinenfabrik.
Dienstag, 18. Mai $2^{5}/_{8}$ %	*G.-V.:* Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges. Eisenwerk Kraft, Oberschles. Bierbrauerei L. Haendler, Ver. Hanfschlauch- u. Gummiwarenfabrik Gotha, Chemische Fabrik Buckau, Terrain-Akt.-Ges. Kleinburg, E. Gundlach Akt.-Ges. Bielefeld, Erdmannsdorfer Akt.-Ges. f. Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei.
Mittwoch, 19. Mai $2^{5}/_{8}$ %	*G.-V.:* Akt.-Ges. f. Rheinisch-Westfälische Industrie, Eisenhütte Silesia, Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-Akt.-Ges., Siegener Dynamitfabrik, Deutsch-Atlantische Telegraphen-Ges., Deutsch-Niederländische Telegraphen-Ges., Oberschlesische Eisenindustrie Akt.-Ges., Bodengesellschaft Hochbahn Schönhauser Allee, Leipziger Gummiwarenfabrik Marx Heine & Co.
Donnerstag, 20. Mai $2^{5}/_{8}$ %	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Donnersmarckhütte, Kalle & Co. Biebrich, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Union Versicherungs-Ges., Butzke Gasglühlicht-Akt.-Ges., Butzke & Co. Akt.-Ges. f. Metallindustrie, Kaliwerke Salzdetfurth, Basalt-Akt.-Ges., Georg A. Jasmatzi Akt.Ges.
Freitag, 21. Mai $2^{5}/_{8}$ %	*G.-V.:* Deutsch-Ueberseeische Bank, Kaliwerke Grossherzog v. Sachsen, Portland-Cementfabrik Schwanebeck, Amme Giesecke & Konegen Akt.-Ges., Norddeutsche Steingutfabrik Grohn bei Vegesack, Deutsche Asphalt-Akt.-Ges. Limmer & Vorwohler Gruben, Ver. Kammerichsche u. Belter Schneevogtsche Werke, Nordstern Lebensversicherungs-, Feuer- u. Unfallversicherungs-Ges., Kölnische Rückversicherungs-Ges. Cöln, Immobilienverkehrsbank, Internationale Bank in Luxemburg.
Sonnabend, 22. Mai $2^{5}/_{8}$ %	Bankausweis New-York. — *G.-V.:* Chemische Werke Albert.
Montag, 24. Mai $2^{5}/_{8}$ %	Pfingstfest.
Dienstag, 25. Mai $2^{5}/_{8}$ %	*Reichsbankausweis.*
	Verlosungen: 15. Mai: 2% Brüsseler 100 Frcs. (1905), 3% Obl. Crédit foncier Egytien (1886, 1903, 1911), Freiburger 15 Frcs. (1902), $2^{1}/_{2}$% Griechische Nationalbank Prämien-Anl. (1912), Holländische 15 Gld. (1904), Oesterreichische Allg. Bodencredit-Anstalt 3% 100 Gld. Präm.-Pfandbr. (1880), Panama-Kanal 400 Frcs., Ungarische 100 Gld. (1870). 22. Mai: 3% Crédit fonc. de France Comm.-Obl. (1912). 25. März: $2^{1}/_{2}$% Pariser II.-Metr.-Eisenb.-Anl. (1904).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

Bankbeamter. Anfrage: Ich habe im Plutus bisher die in jedem Jahr übliche Statistik aus den Bilanzen der Berliner Grossbanken vergeblich gesucht. Sie würde doch in diesem Jahr ganz besonders interessant sein.

Antwort: Ich habe nicht die Absicht, diese Statistik in diesem Jahr erscheinen zu lassen, weil eine Reihe derjenigen Unterlagen nicht beizubringen ist, die unbedingt notwendig für eine einigermassen den Zweck der Aufklärung erfüllende Statistik wären. Die Gewinnberechnungen sind diesmal willkürlich und geben gar keinen wirklichen Aufschluss, und selbst eine zuverlässige Analyse der Bilanzen ist um deswillen nicht zu liefern, weil, abgesehen von der Unsicherheit der Bilanzansätze, das Ziffernmaterial bei einzelnen Grossbanken ja schon um deswillen keinerlei Aufschluss gibt, da die ausländischen Filialen entweder gar nicht oder nur mit einer Ausgleichssumme in die Bilanz eingestellt sind. Unter diesen Umständen würde die Aufstellung nur eine Spielerei sein, die mir weder dem Ernst der Zeiten angemessen zu sein scheint noch den Raum, der darauf verschwendet wäre, lohnt.

Oesterreicher. Anfrage: Ich bitte höflichst um Beantwortung folgender zwei Fragen in Ihrem sehr geschätzten Blatte:

1. Kann finanziell-wissenschaftlich nachgewiesen werden, wieso jeder der beiden verbündeten Staaten, Oesterreich-Ungarn und Deutschland, weniger Kriegskosten täglich benötigt als Frankreich oder England oder Russland? Oder darf dies im staatlichen Interesse nicht mitgeteilt werden? Darf es und kann es aber geschehen, dann frage ich: wo sind die Ursachen dieses kolossalen Plus an Kriegskosten bei unseren Feinden zu suchen? In einer unserer grössten Zeitungen stand am 15./3.: „Helfferich berechnet, dass die Alliierten einen täglichen Aufwand von mindestens 120 Millionen Mark haben", (das wäre also für jeden der drei Staaten ungefähr 40 Millionen) „denen gegenüber die deutschen Kosten mit rund 20 Millionen Mark"; (auch die Kosten unseres Vaterlandes sind nicht höher angenommen worden). Nach einem andern Blatte vom 7./4. betragen nach Lloyd George die Kriegskosten in Millionen Francs: für England 40—45, nach Ribot in Frankreich 40, nach dem russischen Staatsvoranschlag ebenso hoch, gegen 40, für Russland.

2. Im Economisten desselben Blattes vom 7./4. ist zu lesen: „Dieses Schlaglicht auf die Zerrüttung des Nationalvermögens wirkt doppelt, im Kontrast zu den Verhältnissen auf den Berliner und Wiener Märkten, denen der Krieg bisher „nichts" anzuhaben vermochte." Dieses „Nichts" imponierte mir. Aber ich fragte mich: Wird nicht in Berlin und Wien „nur" am „freien" Markte gehandelt, während London seine Börse offen hat, wenn auch dort jetzt sicherlich ein viel geringerer Verkehr herrscht (der, wie wir hoffen und wünschen, noch mehr zusammenschrumpfen wird) als vor dem Krieg? Aber wenn wirklich unseren, den deutschen und österreichischen Börsen der Krieg „nichts" angetan hat, dann könnte das nur ein Beweis sein, dass diese Märkte in sehr geringem Masse international sind und daher ein Weltkrieg, der so grosszügig-grausam mit der Aushungerung und vollständigen wirtschaftlichen Isolierung zweier Grossmächte begann und hoffentlich ebenso „kläglich" in sich zusammenbrechen wird, sie gar nicht beeinflussen kann. Die Berliner Börse scheint uns aber, wenn auch nicht in so hohem Masse wie die Londoner, so doch beträchtlich international. Oder ist der freie Markt in Berlin und Wien so eng gezogen, dass Angebot und Nachfrage kaum sich hören können? Das kann aber, glaube ich, von der Wiener oder Berliner Börse, von der Berliner sicherlich, auch nicht gesagt werden. Oder soll die kolossale finanzielle, nicht zuletzt auch militärische, Widerstandskraft des Zweiverbandes, vorallererst Deutschlands, so sehr befruchtend, begünstigend, fördernd und beruhigend auf die Berliner und Wiener Börsen wirken? Aber das „Nichts" will ich doch bezweifeln!

Antwort: 1. Die Kriegskosten der einzelnen kriegführenden Mächte lassen sich während des Krieges auch nicht annähernd bestimmen. Vor dem Kriege sind vielfach Schätzungen aufgestellt worden, die aber bei weitem nicht an die Kosten heranreichen, die dieser Krieg den einzelnen Mächten verursacht. So hat Riesser die monatlichen deutschen Kriegskosten auf etwa über eine halbe Milliarde taxiert. Erst an den Abrechnungen nach dem Kriege wird man ersehen können, wie hoch sich der finanzielle Aufwand für die Kriegsteilnehmer stellt. Die verschiedenen Arten, wie die einzelnen Länder sich die Gelder beschaffen, erschweren die Uebersicht ausserordentlich, ausserdem aber würde eine Addition der auf Notenbankvorschüssen, Anleihen aller Art, Kontributionen usw. erhaltenen Beträge ein sehr schiefes Bild geben, da die Bezahlung der Heereslieferungen sehr verschieden gehandhabt wird. So wird behauptet, daß Frankreich den Kredit seiner Lieferanten sehr stark in Anspruch nimmt. Die Angabe eines Tagesaufwandes der einzelnen Länder ist durchaus irreführend, da der Tagesaufwand zu Anfang des Krieges wesentlich niedriger war als in der letzten Zeit. Ausserdem aber erschöpfen sich die Kriegsausgaben keineswegs in solchen auf Tagesaufwand reduzierbaren Beträgen. England und Frankreich werden zu den Kriegsausgaben auch die nicht unerheblichen Beträge rechnen müssen, die sie theoretisch als Darlehen — praktisch à fonds perdu — ihren kleineren Geschäftsfreunden (Belgien, Serbien, Montenegro) gewähren. Schliesslich ist auch zu berücksichtigen, dass aus der Feststellung eines bestimmten Tages- oder Monatsaufwandes noch nichts über die Kaufkraft dieser Summe zu ersehen ist. Wenn der Staat in der Lage ist, aus eigenen Rohstoffen einen grossen Teil seines Heeresbedarfs herzustellen, wird er mit sehr viel geringeren Kosten zu rechnen haben, als wenn er auf das befreundete oder neutrale Ausland angewiesen ist. Allgemein kann gesagt werden, dass die Kriegskosten Englands sich vergleichsweise sehr viel höher stellen werden als die der anderen Mächte, da ein Söldnerheer nicht nur eine sehr viel höhere Entlohnung erfordert als ein Volksheer, sondern auch in bezug auf Verpflegung viel grössere Ansprüche macht. Ausserdem kommen die sehr erheblichen Kosten für den Transport der Truppen, der Munition und der Nahrungsmittel hinzu.

2. Auch das endgültige Urteil über die Lage der Börsen wird man bis nach dem Kriege vertagen müssen. Keine der grossen Börsen erfreut sich zurzeit voller Freiheit, daher ist es durchaus unwesentlich, ob eine Börse geöffnet ist, wie die in New York oder London, oder offiziell geschlossen wie die Berliner und Wiener. Ueberall bestehen Schranken, die den Börsenverkehr nur so weit zur Entwicklung kommen lassen, wie es den massgebenden Instanzen genehm ist. Soweit die Börsen geöffnet worden sind, geschah dies im nationalen Interesse. So hat z. B. das offizielle Geschäft an der Amsterdamer Börse sich zunächst auf die neue niederländische Staatsanleihe beschränkt, erst allmählich wurde der Handel in anderen Papieren zugelassen. Es lässt sich aber schon jetzt feststellen, dass die Behauptung, der Krieg habe dem Berliner und Wiener Markt „nichts" anhaben können, unzutreffend ist. Dagegen ist der Umfang des Kriegsschadens nicht bestimmbar. Erst wenn die Börsen wieder geöffnet sind, wird sich das Schlachtfeld übersehen lassen. Einen Teil der Wunden wird man heilen können, wenn bei der Wiedereröffnung der Börsen geschickte Massregeln ergriffen werden.

Bücherrevisor W. Wie mir Herr Bücherrevisor W. zu der im Heft 14/15 beantworteten Anfrage mitteilt, befindet sich in seiner Anfrage ein Versehen. Es hätte nicht heissen sollen: „seitens der Hannoverschen Bank", sondern „seitens einer hannoverschen Bank wurde der betr. Firma bei Fälligkeit ein Akzept in Höhe von ℳ 2500 zur Zahlung vorgelegt, ..." Es handelt sich also nicht um die Hannoversche Bank in Hannover, sondern um ein hannoversches Bankinstitut. Die Hannoversche Bank steht übrigens in der Frage der Provisionsberechnung auf dem entgegengesetzten Standpunkt.

H. H. Nürnberg. Anfrage: „Ich gestatte mir die höfl. Anfrage, ob Sie mir ein Werk nennen können, aus welchem man eine Statistik der Verschuldung der deutschen Städte entnehmen kann."

Antwort: Das Statistische Jahrbuch deutscher Städte, herausgeg. v. M. Neefe, Breslau und das Kommunale Jahrbuch, herausgeg. von H. Lindemann und A. Südekum bringen ausführliche Angaben über die Schulden der deutschen Städte. Eine Uebersicht über die von den Stadt- und Landgemeinden ausgegebenen Inhaber-Schuldverschreibungen bringt das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich z. B. Jahrg. 1914 S. 298. Sehr orientierend als Einführung ist der Artikel „Kommunalfinanzen" von v. Eheberg im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 3. Aufl. Band VI S. 36 ff., wo auch sehr viel Literatur angegeben ist.

K. J. Kolberg: Anfrage: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir einige gute Bücher über Hypotheken und deren Beleihung oder ähnliches in Vorschlag brächten."

Antwort: Dr. Arthur Nußbaum, Deutsches Hypothekenwesen (M 9.—), Hallbauer, das deutsche Hypothekenrecht (M. 4.—).

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Ursachen und Aussichten des Krieges. Von Robert Piloty. Preis 0,75 *M.* Tübingen 1915. Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Die Kriegsgesetze zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen. Mit ausführlicher Inhaltsübersicht und Erläuterungen. Herausgegeben von Dr. Ludwig Hess, Rechtsanwalt und Notar in Stuttgart. Zweite, erweiterte Auflage. Preis 3,60 *M.* Stuttgart 1915 Verlag von I. Hess.

Die Kriegswochenhilfe des Reichs. Vortrag, gehalten am 12. Februar 1915 in der Generalversammlung der Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, E. V. Von Prof. Dr. P. Mayet, Kais Geh. Regierungsrat. Preis 0,25 *M* Zu beziehen durch die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, Charlottenburg, Dahlmannstr. 25.

Die Schweiz und die europäische Handelspolitik. Von Dr. Peter Heinrich Schmidt, Professor an der Handelshochschule und Sekretär des Industrievereins St Gallen. Preis 6,80 *M.* Zürich 1914. Verlag: Art. Institut Orell Füssli.

Unter der französischen Vorherrschaft 1798—1813. Unter der Restauration 1814—1830. — Im Zeitalter der Regeneration 1830—1848. — Die Anfänge des neuen Bundes. — Das System der westeuropäischen Handelsverträge. — Die Wendung zur Schutzzollpolitik. — Die Wendung in der Schweiz. — Die Schweizerische Kampfzollpolitik. — Die Anfänge des Systems der mitteleuropäischen Handelsverträge. — Der Zollkonflikt mit Frankreich. — Der Ausgang der ersten europäischen Vertragsperiode. — Die neuen Verträge. — Gegenwartsfragen der schweizerischen Handelspolitik. — Die Zolleinigung Mitteleuropas, eine Frage der Zukunft.

Deutsches Kriegsrecht. Eine Uebersicht über das Recht des Kriegszustandes. Von Felix Rosenthal, Rechtsanwalt in Berlin. Preis 1 50 *M.* Berlin 1915. Verlag von F. A. Günther & Sohn, A.-G.

Zeitschrift für die gesamte Versicherungs-Wissenschaft. Herausgegeben vom Deutschen Verein für Versicherungs - Wissenschaft. Schriftleitung Prof. Dr. phil. et jur. Alfred Manes. Preis pro Heft 5,— *M.*

V. Bortkiewicz, Wilhelm Lexis zum Gedächtnis. — Bendix, Die Bedeutung der deutschen Kriegsnotgesetze für die Privatversicherung. — Bielefeldt, Die Kinderversicherung.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Aachen-Leipziger Versicherungs-Act.-Ges., Aachen, 29. 5., —, 5. 5. ● Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft, Aachen, 27. 5., —, 6. 5. ● Aachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft, Aachen, 27. 5., —, 6. 5. ● Actien-Cementfabrik Schlewecke i. Liqu., Schlewecke, 22. 5., —, 30. 4. A.-G. Breslauer Zoologischer Garten, Breslau, 26. 5., —, 23. 4. ● A.-G. Chemische Fabrik Rhenania, Aachen, 17. 5., 14. 5., 22. 4. ● A.-G. Dampfziegelei Waiblingen, Stuttgart, 29. 5., 22. 5., 28. 4. ● A.-G. Deutsche Kaliwerke Bernterode (Untereichsfeld), Berlin, 15. 5., 12. 5., 24. 5. ● A.-G. Flora, Cöln-Riehl, 28. 5., —, 1. 5. ● A.-G. Lichtenberger Wollfabrik, Berlin, 18. 5., 14. 5., 24. 4. ● A.-G. Norddeutsche Steingutfabrik, Bremen, 21. 5., 15. 5., 20. 4. ● A.-G. Rotes Meer (Société anonyme de la Mer rouge), Mülhausen, 22. 5., 18. 5., 3. 5. ● A.-G. Siegener Dynamit-Fabrik, Cöln, 19. 5., 13. 5., 24. 4. ● A.-G. Städtisches Schwimmbad Friedberg, Friedberg, 29. 5., —, 24. 4. ● A.-G. der Hollerschen Carlshütte bei Rendsburg, Hamburg, 12. 5., 10. 5., 23. 4. ● A.-G. der Ziegelfabriken Thayngen, Hofen und Rickelshausen, Schaffhausen, 18. 5., 17. 5., 3. 5. ● A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen, Aachen, 29. 5., 15. 5., 24. 4. ● A.-G. für Glasindustrie vormals Friedr. Siemens, Dresden, 26. 5., 19. 5., 29. 4. ● A.-G. für Rheinisch-Westfälische Cementindustrie, Cöln, 19. 5., 12. 5., 26. 4. ● A.-G. für Rheinisch-Westfälische Industrie, Cöln a. Rh., 19. 5., 14. 5., 26. 4. ● Actien-Verein des Zoologischen Gartens zu Berlin, Berlin, 31. 5., —, 5. 5. ● Actienziegeleien Frisia, Bremen, 21. 5., 19. 5., 13. 4. ● Actien-Zuckerfabrik Bockenem, Bockenem, 11. 5., —, 24. 4. ● Actien-Zuckerfabrik Peine, Peine, 21. 5., —, 29. 4. ● Actien-Zuckerfabrik Sehnde, Sehnde, 27. 5., —, 30. 4. ● Allgemeine Treuhand-Actien-Gesellschaft, Dresden, 18. 5., 15. 5., 22. 4. ● Allgemeine Häuserbau-A.-G., Berlin, 28. 5., 26. 5., 1. 5. ● Aelteste Volkstedter Porzellanfabrik und Porzellanfabrik Unterweissbach vormals Mann & Porzelius A.-G., Volkstedt, 29. 5., 24. 5., 23. 4. ● Altonaer Quai- und Lagerhaus-Gesellschaft, Altona, 29. 5., —, 24. 4. ● Amme, Giesecke & Konegen A.-G., Braunschweig, 21. 5., 17. 5., 29. 4. ● Anglo-Continentale (vormals Ohlendorffsche) Guano-Werke, Hamburg, 14. 5., 10. 5., 28. 4. ● Annawerk, Schamotte- und Tonwaarenfabrik A.-G. vormals J. R. Geith, Coburg, 29. 5., 26. 5., 28. 4. ● Fritz Andrée & Co. A.-G., Berlin, 28. 5., 25. 5., 30. 4. ● „Anneliese" Portland-Cement- und Wasserkalkwerke A.-G., Ennigerloh, 25. 5., 21. 5., 26. 4. ● Aschaffenburger Volksbank A.-G., Aschaffenburg, 17. 5., —, 14. 5. ● Assecuranz-Compagnie Hansa, Bremen, 18. 5., 17. 5., 29. 4.

Bahngesellschaft Waldhof, Mannheim, 20. 5., 16. 5., 26. 4. ● Bank von Elsass-Lothringen, Strassburg i. Els., 20. 5., 14. 5., 30. 4. ● Basalt A.-G., Cöln, 20. 5., 14. 5., 24. 4. ● Bayerische Actien-Bierbrauerei Aschaffenburg, 27. 5., 22. 5., 26. 4. ● Bayerische Spiegel- und Spiegelglasfabriken A.-G. vorm. W. Bechmann vorm. Ed. Kupfer & Söhne, Fürth, 21. 5., 17. 5., 27. 4. ● Bensberg-Gladbacher Bergwerks- u. Hütten-A.-G. Berzelius, Cöln, 17. 5., 10. 5., 19. 4. ● Bergmann-Electricitätswerke A.-G., Berlin, 29. 5., 23. 5., 1. 5. ● Berliner elektrische Strassenbahnen A.-G., Berlin, 28. 5., 23. 5., 29. 4. ● Hans Biehn & Co. A.-G., Dahlem b. Berlin, 2. 6., 29. 5., 4. 5. ● Bodengesellschaft am Hochbahnhof Schönhauser Allee A.-G., Berlin, 19. 5., 15. 5., 26. 4. ● Bonner Bürger-Verein A.-G., Bonn, 15. 5., —, 26. 4. ● Brauerei-A.-G. Schaala-Rudolstadt, Schaala, 17. 5., —, 29. 4. ● Braunkohlen-Abbaugesellschaft Friedens-

grube, Meuselwitz, 27. 5., —, 5. 5. ● Braunschweiger Portland-Cementwerke, Braunschweig, 19. 5., 17. 5., 1. 5. ● Bremer Oelfabrik Wilhelmsburg, Bremen, 21. 5., 17. 5., 29. 4. ● Bremer Papier- und Wellpappenfabrik A.-G., Bremen, 19. 5., 14. 5., 30. 4. ● Broich-Speldorfer Wald- und Gartenstadt A.-G., Mülheim(Ruhr)—Broich, 28. 5., 23. 5., 5. 5. ● Bronzefarbenwerke A.-G. vormals Carl Schlenk, Barnsdorf, 18. 5., 12. 5., 23. 4. ● Butzke Gasglühlicht-A.-G., Berlin, 20. 5., 16. 5., 27. 4. ● F. Butzke & Co., A.-G. für Metallindustrie, Berlin, 20. 5., 16. 5., 26. 4.

Cacao-Plantagengesellschaft Puga A.-G., Hamburg, 28. 5., 27. 5., 4. 5. ● Chamotte- und Thonwerke A.-G. Thonberg-Kamenz i. Sachsen, Rheydt, 29. 5., 26. 5., 4. 5. ● Chemische Fabrik Buckau, Magdeburg, 18. 5., 15. 5., 29. 4. ● Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt a. M., 20. 5., 15. 5., 28. 4. ● Chemische Werke vormals H. & E. Albert, Amöneburg, 22. 5., 17. 5., 28. 4. ● China-Export- und Import-Compagnie, Hamburg, 17. 5., —, 1. 5. ● Cigarettenfabrik Constantin A.-G., Hannover, 28. 5., —, 4. 5. ● Cochemer Volksbank A.-G., Cochem, 18. 5., —, 1. 5. ● Concordia Bergbau-A.-G., Frankfurt a. M., 27. 5., 21. 5., 6. 5., ● Concordia, Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, Cöln, 26. 5., —, 6. 5., ● Concordia, Electrizitäts-A.-G., Düsseldorf, 31. 5., 25. 5., 29. 4. ● Conventgarten-A.-G., Hamburg, 15. 5., 14. 5., 24. 4. ● Cramersche Mühlen-A.-G., Schweinfurt, 18. 5., —, 27. 4.

Dampfziegelwerk Sachsenhagen A.-G., Sachsenhagen, 28. 5., —, 3. 5. ● Conrad Deines junior A.-G., Hanau a. M., 19. 5., —, 26. 4. ● Dessauer Strassenbahn-Gesellschaft, Dessau, 29. 5., 20. 5., 23. 4. ● Deutsch-Tripolitanische Handels-A.-G., Hamburg, 26. 5., 22. 5., 5. 5. ● Deutsche Asphalt-A.-G. der Limmer und Vorwohler Grubenfelder Hannover, Hannover, 21. 5., 19. 5., 30. 4. ● Deutsche Fensterglas-Act.-Ges., Berlin, 20. 5., 16. 5., 20. 4. ● Deutsche Gussstahlkugel- und Maschinenfabrik A.-G., Schweinfurt a. M., 28. 5., 21. 5., 29. 4. ● Deutsche Linoleum- und Wachstuch-Compagnie A.-G., Neukölln, 28. 5., 21. 5., 24. 4. ● Deutsche Musikinstrumenten- und Saitenfabrik Bauer & Dürrschmidt A.-G., Markneukirchen, 28. 5., —, 3. 5. ● Deutsche Rück- und Mitversicherungs-Gesellschaft, Berlin, 19. 5., —, 1. 5. ● Deutsche Transport-Versicherungs-Gesellschaft, Berlin, 19. 5., —, 1. 5. ● Deutsche Ueberseeische Bank, Berlin, 21. 5., 17. 5., 26. 4. ● Deutsche Werkstätten-A.-G., Dresden, 28. 5., —, 5. 5. ● Deutsche Wollentfettung A.-G., Reichenbach i. V., 17. 5., —, 24. 4. ● F. Dippe, Maschinenfabrik A.-G., Schladen, 20. 5., 17. 5., 30. 4. ● Dortmunder Bauverein i. Liqu., Dortmund, 14. 5., —, 27. 4. ● Duisburger Gemeinnützige Bau-Gesellschaft, Duisburg, 29. 5., —, 5. 5. ● Duxer Porzellan-Manufactur A.-G. vormals Ed. Eichler, Berlin, 15. 5., 12. 5., 23. 4.

Eisenhütte Silesia A.-G., Gleiwitz O.-S., 19. 5., 13. 5., 24. 4. ● Eisenwerk Barbarossa A.-G., Sangerhausen, 8. 6., 5. 6., 4. 5. ● Eisenwerk Kraft A.-G., zu Stolzenhagen-Kratzwieck, 18. 5., 12. 5., 23. 4. ● Eisenwerk (vormals Nagel & Kaemp) A.-G., Hamburg, 29. 5., —, 30. 4. ● Elsässische Zuckerfabrik in Erstein, Strassburg, 27. 5., 22. 5., 6. 5. ● Emdener Papierfabrik A.-G. i. Liqu., Emden, 27. 5., —, 5. 5. ● Erdmannsdorfer A.-G. für Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei und -Weberei: Breslau, 18. 5., 12. 5., 24. 4. ● Eutin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft, Eutin, 29. 5., 26. 5., 22. 4.

Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer & Co., Leverkusen b. Cöln a. Rh., 15. 5., 8. 5., 23. 4. ● Farb- und Kieswerke A.-G., Netzschkau, 20. 5., 15. 5., 1. 5. ● Flensburger Electrizitätswerk A.-G. i. Liqu., Flensburg, 26. 5., 21. 5., 26. 4. ● Flensburger Walzenmühle, Flensburg, 27. 5., 25. 5., 6. 5. ● Forstmann & Huffmann A.-G., Berlin, 29. 5., 25. 5., 6. 5. ● Frankfurter Maschinenbau-A.-G. vormals Pokorny & Wittekind, Frankfurt a. M., 27. 5., 22. 5., 1. 5. ● de Fries & Cie. A.-G., Düsseldorf, 27. 5., 22. 5., 26. 4.

Gantersche Brauerei-Gesellschaft A.-G., Freiburg i. Br., 22. 5., 18. 5., 4. 5. ● Gasapparat- & Gusswerk-A.-G., Mainz, 29. 5., 23. 5., 6. 5. ● Gaswerk Carlshafen A.-G., Bremen, 17. 5., 14. 5., 23. 4. ● Gaswerk Haiger A.-G., Bremen, 21. 5., 18. 5., 1. 5. ● Gebr. Bieber A.-G., Duisburg, 21. 5., 17. 5., 27. 4. ● Gebrüder Böhler & Co. A.-G., Kapfenberg/Steiermark, 17. 5., 12. 5., 24. 4. ● Gemeinnützige Baugesellschaft auf Actien, Quedlinburg, 20. 5., —, 22. 4. ● Gemeinnützige Baugesellschaft des Kreises Höchst, Höchst a. M., 28. 5., —, 5. 5. ● Germania A.-G. für Verlag und Druckerei, Berlin, 17. 5., —, 27. 4. ● Germania Lebens-Versicherungs-Act.-Ges., Stettin, 29. 5., 28. 5., 4. 5. ● Glasfabrik zur „Carlshütte" A.-G. bei Gnarrenburg Bez. Bremen, Gnarrenburg, 15. 5., — 29. 4. ● Dr. med. Gmelin Nordseesanatorium A.-G., Boldixum, 20. 5., —, 26. 4. ● Grunderwerbs- und Bau-Gesellschaft zu Berlin, Berlin, 5. 6., 1. 6., 5. 5. ● E. Gundlach A.-G., Bielefeld, 18. 5., 15. 5., 21. 4.

Hackethal Draht- und Kabel-Werke A.-G., Hannover, 28. 5., 25. 5., 6. 5. ● Haderslebener Fleischwarenfabrik A.-G. i. Liqu., Hadersleben, 18. 5., —, 3. 5. ● Hagener Badeanstalt A.-G., Hagen i. W., 19. 5., —, 1. 5. ● Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn-Gesellschaft, Braunschweig, 29. 5., 25. 5., 4. 5. ● Hallesche Bahn- und Terrain-Gesellschaft, Berlin, 28. 5., 22. 5., 1. 5. ● Handelsstätte Belle-alliance" A.-G., Berlin, 28. 5., 25. 5., 26. 4. ● Hansa-Werke A.-G., Mannheim, 15. 5., 12. 5., 24. 4. ● Heidelberger Strassen- und Bergbahn A.-G., Heidelberg, 17. 5., 13. 5., 15. 4. ● Heinsberger Volksbank, Heinsberg, 10. 5., —, 24. 4. ● Hotel-A.-G. Hamburger Hof, Hamburg, 12. 5., 11. 5., 27. 4. ● Houben Sohn Carl A.-G., Aachen, 20. 5., —, 22. 4.

Immobilien-Gesellschaft Waldhof i. L., Mannheim, 20. 5., 16. 5., 26. 4. ● Industriewerke A.-G., Landsberg am Lech, 17. 5., 15. 5., 28. 4. ● Internationale Bank in Luxemburg, Luxemburg, 21. 5., —, 20. 4. ● Internationale Baugesellschaft, Frankfurt a. M., 28. 5., 21. 5., 28. 4. ● Isergebirgsbahn-A.-G., Bad Flinsberg, 15. 5., 11. 5., 26. 4.

Moritz Jahr A.-G., Gera-Reuss, 14. 5., —, 23. 4. ● Jasenitzer Dampfschiffs-A.-G., Jasenitz, 14. 5., —, 27. 4. ● Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden, 20. 5., —, 5. 5.

Kaliwerke Friedrichshall A.-G., Berlin, 31. 5., 27. 5., 27. 4. ● Kaliwerke Grossherzog von Sachsen A.-G., Cöln, 21. 5., 15. 5., 28. 4. ● Kaliwerke St. Therese A.-G., Mülhausen i. E., 26. 5., 20. 5., 3. 5. ● Kalkwerke A.-G. vormals Hein & Stenger, Aschaffenburg, 29. 5., —, 6. 5. ● Kalle & Co. A.-G., Biebrich a. Rh., 20. 5., 17. 5., 28. 4. ● Kammgarnspinnerei Bietigheim, Stuttgart, 28. 5., 24. 5., 3. 5. ● Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, Kaiserslautern, 12. 5., —, 24. 4. ● Kammgarnspinnerei Sennheim, Gebweiler, 19. 5., 15. 5., 1. 5. ● Kammgarnwerke A.-G., Eupen, 17. 5., 10. 5., 19. 4. ● Kleinbahn-A.-G. Höchst—Königstein, Frankfurt a. M., 17. 5., 15. 5., 21. 4. ● Kleinbahn-A.-G. Osterburg—Deutsch-Pretzier, Osterburg, 15. 6., 11. 6., 1. 5. ● Kohlen-Import und Steinkohlen-Briket-Fabrik A.-G., Königsberg i. Pr., 19. 5., —, 28. 4. ● Oscar Köhler A.-G. für Mechanik-Industrie, Berlin, 27. 5., —, 5. 5. ● Köln-Lindener Metallwerke A.-G., Cöln, 29. 5., 23. 5., 6. 5. ● Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft, Cöln, 21. 5., 17. 5., 1. 5. ● Kölnische Unfall-Versicherungs-A.-G., Cöln, 19. 5., 15. 5., 24. 4. ● Kreuznacher Glashütte A.-G., Kreuznach, 20. 5., —, 20. 4. ● Rudolf Kröner A.-G., Lengericher Portland-Cement- und Kalk-Werk, Osnabrück, 15. 5., 11. 5., 23. 4. ● Kunst-

anstalt Grimme & Hempel A.-G. i. Liqu., Leipzig, 26. 5., 22. 5., 4. 5.

Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland, Berlin, 27. 5., 22. 5., 30. 4. ● Laupheimer Werkzeugfabrik vormals Jos. Steiner & Söhne, Stuttgart, 21. 5., 19. 5., 30. 4. ● Leipziger Allgemeine Kraftomnibus-A.-G., Leipzig, 17. 5., 13. 5., 27. 4. ● Leipziger Gummi-Waaren-Fabrik A-G. vormals Julius Marx, Heine & Co., Leipzig, 19. 5., —, 23. 4. ● Lübecker Badeanstalt, Lübeck, 11. 5., —, 23. 4.

Magdeburger Bade- u. Wasch-Anstalt A.-G., Magdeburg, 15. 5., 11. 5., 24. 4. ● H. Maihak A.-G., Hamburg, 26. 5., 19. 5., 27. 4. ● Manufactur Bühl vorm. E. Rogelet A.-G., Frankfurt a. M., 17. 5., 13. 5., 28. 4. ● Maschinen- und Armaturenfabrik vormals H. Breuer & Co., Höchst a. M., 29. 5., 24. 5., 3. 5. ● Maschinenfabrik A. Ventzki A.-G., Graudenz, 26. 5., 20. 5., 29. 4. ● Maschinenfabrik und Eisengiesserei Saaler A.-G., Freiburg i. B., 15. 5., 8. 5., 23. 4. ● Mechanische Weberei zu Linden, Hannover, 27. 5., 22. 5., 1. 5. ● Mercksche Guano- und Phosphat-Werke A.-G., Hamburg, 26. 5., 22. 5., 30. 4. ● Mercur Rückversicherungs-Act.-Ges., Cöln, 21. 5., 17. 5., 1. 5. ● Mescheriner Zuckerfabrik, Stettin, 28. 5., —, 6. 5. ● Metall-Aetzwerke A.-G., München, 15. 5., 10. 5., 24. 4. ● H. C. Meyer jr. Kommandit-Gesellschaft auf Actien, Harburg, 25. 5., 21. 5., 4. 5. ● Minerva Retrocessions- & Rückversicherungs-Gesellschaft, Cöln, 21. 5., 17. 5., 1. 5. ● Motorenfabrik Darmstadt A.-G., Darmstadt, 26. 5., 22. 5., 3. 5. ● Münsterische Lagerhaus Actien-Gesellschaft, Münster i. Westf., 22. 5., 19. 5., 1. 5.

Nassauische Bergbau-A.-G., Dillenburg, 27. 5., 20. 5., 28. 4. ● Th. Neizert & Cie., Fabrik feuerfester Produkte A.-G., Bendorf a. Rh., 28. 5., 24. 5., 1. 5. ● Neue Tuchmanufactur Bischweiler i. Els., Strassburg i. Els., 21. 5., —, 4. 5. ● Neue Vorschuss-Anstalt, Fürstenberg/Meckl., 20. 5., —, 30. 4. ● Niederrheinische Güter-Assekuranz-Gesellschaft, Wesel, 18. 5., —, 5. 5. ● Norddeutsche Frachtdampfschiffahrt A.-G., Flensburg, 19. 5., 15. 5., 26. 4. ● Norddeutsche Sprengstoff-Werke A.-G., Cöln, 26. 5., 17. 5., 3. 5. ● Nordstern Feuer-Versicherungs-A.-G., Berlin-Schöneberg, 21. 5., 17. 5., 3. 5. ● Nordstern Lebens-Versicherungs-A.-G., Berlin-Schöneberg, 21. 5., 11. 5., 3. 5. ● Nordstern, Unfall- und Haftpflicht-Versicherungs-A.-G., Berlin-Schöneberg, 21. 5., 14. 5., 3. 5. ● Nord-West-Deutsche Hefe- und Spritwerke A.-G., Hameln, 31. 5., 28. 5., 28. 4. ● Nürnberger Lagerhaus-Gesellschaft A.-G., Nürnberg, 26. 5., 22. 5., 22. 4.

Oberschlesische Bierbrauerei A.-G. vormals L. Haendler, Breslau, 18. 5., 12. 5., 24. 3. ● Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Act.-Ges., Breslau, 18. 5., 12. 5., 12. 4. ● Oberschlesische Eisen-Industrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Gleiwitz O.-S., 19. 5., 13. 5., 22. 4.

Friedrich Andreas Perthes A.-G., Gotha, 2. 6., 29. 5., 1. 5. ● Pfälzische Chamotte- und Thonwerke Schiffer & Vircher A.-G., Grünstadt, 20. 5., 15. 5., 24. 4. ● Pforzheimer Bank-Verein A.-G., Pforzheim, 29. 5., 25. 5., 29. 4. ● Emil Pinkau & Co. A.-G., Leipzig, 27. 5., 24. 5., 1. 5. ● Plakat- und Verlags-A.-G. (Affiches Gaillard), Berlin, 8. 5., —, 23. 4. ● Pommersche Zuckerfabrik Anklam, Anklam, 25. 5., 22. 5., 24. 4. ● Portland Cementfabrik Saturn, Hamburg, 22. 5., —, 6. 5. ● Portland-Cementwerk Schwanebeck, 21. 5., 18. 5., 28. 4. ● Porzellanfabrik Zeh, Scherzer & Co., A.-G., Rehau, 29. 5., —, 6. 5. ● Press- und Walzwerk A.-G. Reisholz bei Düsseldorf, Düsseldorf, 29. 5., —, 30. 4.

Hermann Reiners & Söhne, Tabakindustrie A.-G., Ratibor, 17. 5., 14. 5., 1. 5. ● Rheinisch-Westfälische Rückversicherungs-A.-G., M.-Gladbach, 21. 5., —, 3. 5. ● Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A.-G., Cöln, 19. 5., 15. 5., 24. 4. ● Rheinisch-Westfälischer Lloyd, Transport-Versicherungs-A.-G., M.-Gladbach, 21. 5., —, 3. 5. ● Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat, Essen-Ruhr, 17. 5., —, 30. 4. ● Rheinische Sandwerke, Düsseldorf, 29. 5., 23. 5., 6. 5. ● A. J. Rothschild Söhne A.-G., Stadtoldendorf, 17. 5., —, 22. 4. ● Rübenzuckerfabrik zu Hedwigsburg, Kissenbrück, 11. 5., —, 29. 4. ● Rückversicherungs-Vereinigung A.-G., Berlin-Schöneberg, 21. 5, —, 3. 5.

Sachsenhagener Bankverein, Sachsenhagen, 20. 5., —, 12. 4. ● Sächsisch-Thüringische Portland-Cementfabrik Prüssing & Co. Kommandit-Ges. a. Aktien, Jena, 29. 5., —, 1. 5. ● Sächsische Motoromnibus-A.-G. Bad Lausick, Bad Lausick, 27. 5., 24. 5., 5. 5. ● Sanitas A.-G., Hamburg, 22. 5., 17. 5., 1. 5. ● Simoniussche Cellulosefabriken A.-G., Wangen i. Allgäu, 29. 5., 27. 5., 1. 5. ● Singer & Co. Nähmaschinen-A.-G., Hamburg, 18. 5., 17. 5., 3. 5. ● Spar- & Vorschuss-Verein, Elsfleth, 28. 5., —, 5. 5. ● Speditions- und Lagerhaus A.-G., Aachen, 29. 5., 23. 5., 24. 4. ● Spielwarenfabrik Carl Beck A.-G., Ohrdruf i. Thür., 26. 5., 24. 5., 3. 5. ● Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Stern", Berlin, 21. 5, 18. 5., 14. 4.

H. Schlinck & Cie., A.-G., Hamburg, 29. 5., 25. 5., 6. 5. ● Conrad Scholtz A.-G., Hamburg, 14. 5., 10. 5., 24. 4.

Steinheil Dieterlen A.-G., Rothau, 18. 5., —, 1. 5. ● Strassburger Baugesellschaft A.-G. vormals J. & E. Klein & Otto Back & Co., Strassburg i. Els., 19. 5., 17. 5., 29. 4.

Teisnacher Papierfabrik A.-G., Teisnach, 27. 5., 24. 5., 3. 5. ● Terraingesellschaft am Neuen Botanischen Garten A.-G., Berlin, 29. 5., 25. 5., 1. 5. ● Tetinger Falzziegel- und Verblendsteinwerke A.-G., Forbach, 15. 5., 11. 5., 23. 4. ● Thüringer Landes-Zeitung, Druckerei und Verlag, Coburg, 20. 5, 16. 5., 5. 5. ● Tornow'sche Terrain-A.-G., Frankfurt a. M., 29. 5., 25. 5., 28. 4. ● Transatlantische Feuer-Versicherungs-A.-G. i. Liqu., Hamburg, 20. 5., 18. 5., 5. 5. ● Triptis A.-G., Dresden, 27. 5., 20. 5., 3. 5.

Uhrenfabrik A.-G. vormals Köhler & Ehmann, Nürnberg, 21. 5., 17. 5., 6. 5. ● Union Deutsche Verlags-Gesellschaft, Stuttgart, 29. 5., 26. 5., 1. 5. ● Unionwerke A.-G. Maschinenfabriken, Mannheim, 11. 5., 8. 5., 26. 4.

„Vaterländische" und „Rhenania" Vereinigte Versicherungs-Gesellschaften A.-G., Elberfeld, 14. 5., 12. 5., 26. 4. ● Vereinigte Bremer Portland-Cementwerke „Porta-Union" A.-G., Bremen, 29. 5., 26. 5., 5. 5. ● Vereinigte Eisenbahnbau- und Betriebs-Gesellschaft, Berlin, 28. 5., 21. 5., 3. 5. ● Vereinigte Hanfschlauch- und Gummiwaarenfabriken zu Gotha A.-G., Gotha, 18. 5., 12. 5., 19. 4. ● Vereinigte Harzer Portlandcement- und Kalkindustrie, Hannover, 26. 5., 23. 5., 3. 5. ● Vereinigte Kammerich' und Belter & Schneevogl'sche Werke A.-G., Berlin, 21. 5., —, 4. 5. ● Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Berlin, 17. 5., 13. 5., 21. 4. ● Vereinigte Kunstanstalten A.-G., Kaufbeuren, 26. 5., —, 1. 5. ● Vereinigte Moselschiefer-Gruben A.-G., Cöln, 26. 5., 19. 5., 29. 4. ● Vereinigte Smyrna-Teppich-Fabriken A.-G., Cottbus, 17. 5., 12. 5., 23. 4. ● Versicherungsgesellschaft Thuringia, Erfurt, 20. 5., 26. 5, 28. 4. ● Vesalia Versicherungs-A.-G., Wesel, 18. 5., —, 5. 5. ● Vorschuss- und Creditverein Ortenberg/Hessen A.-G., Ortenberg, 26. 5., —, 24. 4.

Waaren-Credit-Anstalt, Cöln a. Rh., 21. 5, 14. 5., 26. 4. ● Ferd. Wagner Doublefabrik & Estamperie, Pforzheim, 26. 5., 21. 5., 3. 5. ● Walther & Cie. A.-G., Cöln, 19. 5., 14. 5., 26. 4. ● C. F. Weber A.-G., Leipzig, 29. 5., —, 5. 5.

Zuckerfabrik Brakel Kreis Höxter A.-G., Brakel, 25. 5., —, 4. 5. ● Zündhütchen- und Patronenfabrik vorm. Sellier & Bellot, Prag, 16. 5., —, 28. 4.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Curt Eisfeld in Berlin.

Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland zu Berlin.

(Zentral-Geldinstitut der Raiffeisenschen ländlichen Genossenschaften.)

Geschäftsbericht für das Jahr 1914.

Durch die grosse und ernste Kriegszeit sind auch die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland selbst und die mit ihr verbundene grosse Genossenschaftsbewegung, die Besonderheit ihrer umfassenden, zusammenhaltenden und in sich ausgleichenden Kreditorganisation und die von ihr hinsichtlich ihrer Verbindung mit dem allgemeinen Geldmarkt getroffene Wahl auf die schärfste Probe gestellt worden.

Geschäftsbericht und Bilanz bringen den Nachweis, dass die Zentral-Darlehnskasse sich bewährt hat, dass sie als die Bank der Raiffeisenschen Genossenschaftsorganisation dem ihr anvertrauten weitreichenden ländlichen Interessenkreise wertvolle Dienste geleistet hat, und dass sie vermöge der Wichtigkeit einer in jeder Hinsicht leistungsfähigen deutschen Landwirtschaft gerade in dieser Zeit dem Vaterlande durch ihr Dasein und ihr Wirken genützt hat.

Die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse ging mit einer hohen Bankschuld in die Kriegszeit hinein. Schon das letzte Drittel des Juli brachte erhebliche Anforderungen, die sich mit dem Ausbruch des Krieges stark vermehrten. Die der Zentral-Darlehnskasse zur Verfügung stehenden Kredite wurden nicht voll in Anspruch genommen. Freilich stieg ihre Bankschuld erheblich an. Das beweist aber in solchen Zeiten nichts anderes als den Grad von Vertrauen und die verständnisvolle und dankbar empfundene Würdigung, welche die Zentral-Darlehnskasse selbst und hinsichtlich der in ihr verkörperten genossenschaftlichen Kraft und Gesundheit auf dem allgemeinen Geldmarkt, insbesondere bei den mit ihr in Verbindung stehenden Stellen geniesst.

Die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland darf für sich in Anspruch nehmen, dass auch sie bisher an ihrem Teil daheim nach Kräften beigetragen hat zur wirtschaftlichen Vorbereitung und Sicherstellung des endlichen Sieges. Sie konnte das, weil die von ihr vertretene genossenschaftliche Organisation ebenso wie das ganze deutsche Genossenschaftswesen sich gerade in dieser kritischen Zeit als ein ausserordentlich sicherer Faktor, als eine von aussen her jetzt erst recht erkannte und gewürdigte und reich mit Aufgaben aller Art bedachte wirtschaftliche Grundlage bewährt hat.

Die Zentral-Darlehnskasse hält sich auch wirtschaftlich für gerüstet im Hinblick auf kommende ernstere Zeiten des Durchhaltens und für bevorstehende Aufgaben, die vielleicht schwerer und grösser sein können als alle bisher erfüllten. Ganz abgesehen von den ungewissen Forderungen einer dunklen Zukunft werden solche Aufgaben schon gestellt werden vermöge der bisherigen Bewährung und Bewertung des Genossenschaftswesens während der Kriegsdauer und insbesondere auch aus der gerade in dieser Zeit allgemein und eindringlich genug gewordenen Erkenntnis der Notwendigkeit einer auf sich selbst gestellten deutschen Landwirtschaft.

Ihre finanzielle Bereitschaft hat die Zentral-Darlehnskasse wohl erwogen und sie nach Kräften gesichert bei der zeitweiligen dem Allgemeinen dienenden, aber auch im eigenen Sinne nutzbringenden Anlage der ihr anvertrauten beträchtlichen Einlagen.

Die in der Landwirtschaftlichen Zentral-Darlehnskasse für Deutschland zusammengeschlossene ländliche Genossenschaftsorganisation darf sich auf ihre Geldausgleichstelle in dieser grossen, schweren Kriegszeit in vollkommener Zuversicht verlassen.

Berlin, im März 1915.

Bilanz am 31. Dezember 1914.

Aktiva.	M.	pf
Kassakonto	2 355 649	69
Wechselkonto	3 365 532	26
Effektenkonto	7 800 462	41
Bankkonto	5 281 028	01
Kontokorrent-Konto:		
Aussenstände der Geldabteilung	91 981 221	15
Aussenstände der Warenabteilung	3 929 812	43
Druckereiabteilung Neuwied	131 327	85
Warenkonto	1 183 265	03
Emballage-Konto	37 205	56
Inventarkonto	90 806	92
Immobilienkonto	2 015 200	—
Maschinenkonto	58 806	—
Hypothekenkonto	3 597 477	90
Beteiligungskonto	798 550	—
Konto pro Diverse:		
Vortragszinsen auf Effekten	36 261	15
	122 662 596	36

Passiva.	M.	pf
Grundkapitalkonto:		
Gezeichnetes u. voll eingezahltes Akt.-Kap.	10 000 000	—
Auf das durch Generalversammlungsbeschluss vom 12. 6. 1913 um M. 5 Millionen erhöhte Aktienkapital eingezahlt	2 453 750	—
Schuldverschreibungskonto	104 000	—
Reservekapitalkonto:		
Statutarische Reserve	1 002 090	33
Delkrederefondskonto	100 000	—
Ausserordentliche Kriegsreserve	250 000	—
Gebührenrückvergütungskonto:		
1. bis 4. Rate für die gemäss Nachtrag zu den Geschäftsbestimmungen zu leistende Rückvergütung auf Gebühreneinzahlung	742 910	—
Bankkonto	3 059 944	16
Depositenkonto:		
Depositen mit $^1/_4$—$^1/_1$ jähr. Kündigung	44 445 470	64
Kontokorrentkonto:		
Schulden der Geldabteilung	57 678 996	97
Schulden der Warenabteilung	1 213 576	78
Hypothekenkonto	960 564	90
Konto pro Diverse:		
Vortragszinsen auf begebenes Ultimogeld und Rückstellung für pro 1914 zu zahlende Waren-Rückvergütungen	72 885	69
Saldo:		
Reingewinn zur Verfügung der Generalversammlung	578 406	91
	122 662 596	36

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1914.

Soll.	M.	pf
Verschiedene Konti:		
Ausgaben pro 1914	6 237 168	93
Saldo:		
Reingewinn pro 1914 zur Verfügung der Generalversammlung	578 406	91
	6 815 575	84

Haben.	M.	pf
Verschiedene Konti:		
Einnahmen pro 1914	6 815 575	84

Der Vorstand.

Dietrich.

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1914.

Soll.	M.	pf	M.	pf
General-Unkosten-Konto	316 217	77		
Hypotheken-Zinsen-Konto	26 700	—	342 917	77
Abschreibungen:				
Grundstück-Konto Alexandrinenstr. 24	9 712	—		
" " " 23	12 400	—		
Maschinen-, Werkzeug- und Geräte-Konto	24 685	45		
Modell-Konto	118	—		
Mobilien-Konto	1 005	20		
Klischee-Konto	455	60		
Wertpapiere-Konto	1 000	—	49 376	25
Abschluss-Konto				
Gewinn-Vortrag aus 1913	90 596	20		
Reingewinn für 1914	469 445	41	560 041	61
			952 335	63
Vorschlag zur Verteilung des Reingewinns:				
Gewinn-Vortrag aus 1913	90 596	20		
Reingewinn für 1914	469 445	41	560 041	61
Hiervon: Kriegsrücklage	60 000	—		
Beamten- und Arbeiter-Unterstützungs-Rücklage	10 000	—		
Von dem Ueberrest: 10% für Vorstand und Angestellte	39 944	51		
4% Div. auf M. 1 500 000,—	60 000	—		
Von dem Ueberrest: 6% für den Aufsichtsrat	17 970	—		
21% weitere Dividende auf M. 1 500 000,—	315 000	—		
Gratifikation an Arbeitnehmer	10 000	—		
Vortrag für 1915	47 127	10	560 041	61

Haben.	M.		M.	
Gewinn-Vortrag aus 1913			90 596	20
Betriebs-Gewinn	768 968	02		
Grundstück-Ertrags-Konto Alexandrinenstr. 24	25 648	89		
Grundstück-Ertrags-Konto Alexandrinenstr. 23	34 282	66		
Zinsen-Konto	32 449	86		
Pferde- und Wagen-Konto	390	—	861 739	43
			952 335	63

Berlin, im April 1915.

Metallwaren-Fabrik Actien-Gesellschaft Baer & Stein

Der Aufsichtsrat — **Eugen Landau,** Vorsitzender

Der Vorstand — **Stein.**

Die vorstehende Gewinn- und Verlustberechnung stimmt mit den von mir geprüften, kaufmännisch geführten Büchern der **Metallwaren-Fabrik Actien-Gesellschaft Baer & Stein** überein.

Emil Brandt,
öffentlich angestellter, beeidigter Bücher-Revisor. 6142

„Die in der Generalversammlung am 3. Mai d. J. auf 25% festgesetzte Dividende ist sofort bei der Gesellschaftskasse Alexandrinenstr. 24, der Nationalbank für Deutschland und der Commerz- und Disconto-Bank zahlbar."

Metallwaren-Fabrik Aktien-Gesellschaft Baer & Stein.

Die von der Generalversammlung auf 8% festgesetzte Dividende wird sofort mit **M. 80.—** gegen die Dividendenscheine zu den Inhaberaktien à **M. 1000.—** und mit **M. 16.—** gegen die Dividendenscheine zu den Namensaktien à **M. 200.—**

in **Niedersedlitz** bei der **Gesellschaftskasse,**
„ **Dresden** bei dem **Bankhause Gebr. Arnhold** und bei der **Mitteldeutschen Privatbank A.-G.,**
„ **Leipzig** bei dem **Bankhause H. C. Plaut,**
„ **Berlin** bei dem **Bankhause Arons & Walter** und bei dem **Berliner Bankinstitut Joseph Goldschmidt & Co.**

ausgezahlt.

Niedersedlitz, 22. April 1915. 6143

Sachsenwerk, Licht- und Kraft-Aktiengesellschaft.

Schmitt. Glauber.

Bilanz per 31. Dezember 1914.

Aktiva.	M.	Pf.	Passiva.	M.	Pf.
Fakrikanl. u. Geschäftsgebäude	16858107	—	Aktienkapital	22500000	—
Eisenbahnwag. u. Schiffe	1006200	—	Reservefonds	2900000	—
Gesp., Pat., Mod.	5	—	Spez.-Reservefds.	1600000	—
Kautionen	412625	—	Teilschuldverschreibungen	5415000	—
Beteiligungen	2324249	70	Hypotheken	1350000	—
Hypotheken	22000	—	Wohlfahrtsfonds	106857	68
Warenbestand	1958363	42	Kautionen	412625	—
Effektenbestand	10679774	22	Reserve f. Talonsteuer	117390	—
Wechselbestand	1048510	79	Interims-Konto	709239	24
Kassabestand	170227	74	Kreditoren	4638456	86
Guthab. b. Banken M. 5030577,71 Div Debit. M 3500419.22	8530996	93	Reingewinn	3261491	02
	43011059	80		43011059	80

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1914.

Debet.	M.	Pf.	Kredit.	M.	Pf.
Zinsen für Teilschuldverschreib.	246566	25	Vortrag	448143	23
Unkosten	1946498	94	Gewinn	6166910	71
Abschreibungen	1160497	73			
Reingewinn	3261491	02			
	6615053	94		6615053	94

Auf das dividendenberechtigte Kapital von M. 22500000,— gelangt eine Dividende von **10%** zur Auszahlung.

Berlin, den 28. April 1915. [6132

Rütgerswerke-Aktiengesellschaft.

Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin.

(6140)

Bilanz am 31. Dezember 1914.

Aktiva.	M.	Pf
Noch nicht eingeforderte Einzahlung von 75% auf Stammaktien Nr. 50 001 bis 60 000	7 500 000	—
Bau- u. Grunderw.-Konto der Bahnanlage	106 721 130	16
Bau- u. Grunderw.-Konto der Erweiter.-Linien	12 394 556	47
Kto. Kraftwerk und Betriebsstätten	17 703 664	59
Kto. Betriebsmittel	11 846 861	50
Vorrätiges Betriebsmaterial	545 257	35
Grundstücke und Gebäude	6 858 525	67
Bureauinventar	1	—
Kasse	53 722	36
Wertpapiere und Beteiligung	10 105 066	02
Guthaben bei der Deutschen Bank	4 816 136	75
Verschiedene Debitoren	6 494 296	84
	185 039 218	71

Passiva.	M.	Pf
Aktienkapital: a) Stammaktien	60 000 000	—
b) 5% Vorzugsaktien	20 000 000	—
Gesetzlicher Reservefonds	2 364 162	42
4% Schuldverschreibungen Ausgabe 1899	7 893 000	—
3½% Schuldverschr. Ausgabe 1906	7 025 000	—
4% Schuldverschr. Ausgabe 1907	9 920 500	—
4% Schuldverschr. Ausgabe 1909	15 000 000	—
4% Schuldverschr. Ausgabe 1910	20 000 000	—
4% Schuldverschr. Ausgabe 1912	10 000 000	—
4½% Schuldverschr. Ausgabe 1913	10 000 000	—
Hypothekenschulden	3 094 750	—
Bahnanlage-Tilgungs-Fonds	1 660 400	—
Erneuerungs-Fonds	5 828 753	71
Fonds für aussergewöhnliche Ausgaben i. Betriebe	200 000	—
Rückstellung für Talonsteuer	567 000	—
Im Jahre 1915 fällig werdende Schuldverschr.-Zinsen und Bauzinsen auf die Vorzugsaktien	1 598 202	06
Noch nicht vorgel. ausgel. Schuldverschreib.	11 550	—
Noch nicht erhob. Div. u. Zins. auf Schuldverschr.	41 907	50
Verschiedene Kreditoren	6 014 367	42
Reingewinn	3 819 625	60
	185 039 218	71

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt" und für den Inseratenteil: Lucya Sueß, Charlottenburg.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.